

	Seite
<b>Europa — Idee und Wirklichkeit</b>	
vom Grenzland her gesehen .....	98
Mit Beiträgen von <i>Wilhelm Knuth / Niels Boegh-Andersen</i> <i>Jes Schmidt / A. Fejlberg-Jørgensen</i>	
<i>Bent A. Koch</i>	
Das Grenzland und der Europagedanke.....	113
<i>Detlef Hansen</i>	
An den Gräbern der Europa-Kaiser .....	123
BERICHTE	
<i>Peter Callesen</i>	
Vom Minderheitenrecht zum Volkstumrecht .....	131
<i>H. Hansen</i>	
Der 7. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) .....	135
<i>Jes Schmidt</i>	
Möglichkeiten und Schwächen des Volksgruppenkongresses .....	137
Umschau ab Seite 147	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland). Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. — Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

G O E T H E

*Ich habe den großen Vorteil, daß ich zu einer Zeit geboren wurde, wo die größten Weltbegebenheiten an die Tagesordnung kamen und sich durch mein langes Leben fortsetzten, so daß ich vom Siebenjährigen Krieg, sodann von der Trennung Amerikas von England, ferner von der Französischen Revolution und endlich von der ganzen Napoleonischen Zeit bis zum Untergange des Helden und den folgenden Ereignissen lebendiger Zeuge war. Hiedurch bin ich zu ganz anderen Resultaten und Einsichten gekommen, als allen denen möglich sein wird, die jetzt geboren werden und die sich jene großen Begebenheiten durch Bücher aneignen müssen, die sie nicht verstehen.*

*Was uns die nächsten Jahre bringen werden, ist durchaus nicht vorherzusagen; doch ich fürchte, wir kommen so bald nicht zur Ruhe. Es ist der Welt nicht gegeben, sich zu bescheiden: den Großen nicht, daß kein Mißbrauch der Gewalt stattfinde, und der Masse nicht, daß sie in Erwartung allmählicher Verbesserungen mit einem mäßigen Zustande sich begnüge. Könnte man die Menschheit vollkommen machen, so wäre auch ein vollkommener Zustand denkbar; so aber wird es ewig herüber- und hinüberschwanken, der eine Teil wird leiden, während der andere sich wohlbe findet, Egoismus und Neid werden als böse Dämonen immer ihr Spiel treiben, und der Kampf der Parteien wird kein Ende haben.*

Gespräch. Eckermann, 14. März 1830

*Offenbar ist das Bestreben der besten Dichter und ästhetischen Schriftsteller aller Nationen schon seit geraumer Zeit auf das allgemein Menschliche gerichtet. In jedem Besonderen, es sei nun historisch, mythologisch, fabelhaft, mehr oder weniger willkürlich ersonnen, wird man durch Nationalität und Persönlichkeit hindurch jenes Allgemeine immer mehr durchleuchten und durchschimmern sehn.*

*Was nun in den Dichtungen aller Nationen hierauf hindeutet und hinwirkt, das ist es, was die übrigen sich anzueignen haben. Die Besonderheiten einer jeden muß man*

*kennenlernen, um sie ihr zu lassen, um gerade dadurch mit ihr zu verkehren; denn die Eigenheiten einer Nation sind wie ihre Sprache und ihre Münzsorten: sie erleichtern den Verkehr, ja sie machen ihn erst vollkommen möglich.*

*Gespräch. Eckermann, 25. Februar 1824*

*Es ist mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß, und ich hatte mich darin lange befestigt, ehe ich mein sechzigstes Jahr erreicht hatte.*

*Brief an Carlyle, Weimar, 20. Juli 1827*

## Europa — Idee und Wirklichkeit

*Ein deutscher und ein dänischer Südschleswiger, ein deutscher und ein dänischer Nordschleswiger nehmen zu diesem Thema Stellung*

WILHELM KNUTH, *Propst in Flensburg*

Wenn man als Deutscher zu der aufgeworfenen Frage Stellung nehmen soll, kann man es nur mit einem bedrückten Herzen tun. Man möchte aufrichtig sein, aber auch fair gegen alle Beteiligten, man möchte Freundschaft und guten Willen fördern, dem Wohl aller dienen und keine Ansätze zum Guten verderben. Kann man uns jenseits unserer Grenzen verstehen, wenn wir leidenschaftlich für den europäischen Zusammenschluß kämpfen, oder wird man uns sagen: „Danke, eure Methode der ‚Neuordnung Europas‘ kennen wir.“ Alle unsere Nachbarn: Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Polen, die Tschechoslowakei, vielleicht auch Österreich und Italien könnten sagen: „Eure Gewaltpolitik können wir nicht vergessen. Gerade in dieser Frage sind euch gegenüber unsere Ohren taub.“ Und doch gibt es keine Einheit Europas ohne seine geographische Mitte. So bedrückt einen als Deutschen die Frage: Stehen wir der Einheit Europas im Wege, schaden wir der Sache, wenn wir sie vertreten?

Aber vielleicht steht nicht nur die Erinnerung an den Scheinsieg Deutschlands mit der unseligen Besetzung seiner Nachbarländer, sondern noch mehr seine Niederlage dem Vereinigten Europa im Wege? Muß nicht die Tatsache, daß die politische

Dreiteilung Deutschlands zugleich die blutendste Wunde Europas ist, uns in den Verdacht bringen, daß unser Ruf nach der Einheit nationalegoistische Zwecke verfolgt und wir unsere Nachbarn in unser Unglück hineinziehen?

Ich gestehe, daß mich diese Fragen bedrücken und es mir gerade mit dem Blick über die Grenze schwer machen, ein Wort zum gestellten Thema zu sagen. Man möchte hinüberriesen: „Ja, wir verstehen eure Reserve, aber bitte glaubt uns, daß wir die damalige Methode der ‚Neuordnung Europas‘ genauso für eine unheilvoll falsche Verwirklichung eines guten und notwendigen Gedankens angesehen haben wie ihr; aber wir konnten ihr noch weniger widerstehen als ihr, als ihr den Antikominternpakt unterschreibt. Ist es wirklich so schwer, zu erkennen, daß heute ein anderes Deutschland vor den Völkern Europas steht? Wir meinen, daß der Hegemoniegedanke restlos zerschlagen ist. Er hat sich selbst ad absurdum geführt, weil durch seine krankhafte Übersteigerung die uns alle bedrohende Macht des Ostens zu nie dagewesener Stärke heranwachsen konnte. Nun wissen wir aus bitterer Erfahrung, daß wir uns nicht allein werden behaupten können: Europa wird einig — oder es wird Satellit.

Aber nicht nur deshalb suchen wir die enge Gemeinschaft mit Europa. Die Integration ist uns mehr als eine politische Sicherung. Deutschland hat sich nach dem Kriege fast bis zur Grenze der Selbstachtung den anderen Völkern geöffnet. Es versucht ehrlich, bewährte demokratische Einrichtungen zu übernehmen. Es kämpft aufrichtig gegen die Wiederkehr politischer Mächte, die etwa wieder den Frieden stören könnten. Ich glaube auch, es versucht ernstlich, ohne Verbitterung hinzunehmen und zu vergessen, was nach 1945 über uns verhängt worden ist. Es fürchtet ehrlich, daß sich nach diesem Krieg etwas wiederhole wie das Aufgehen der Drachensaat von Versailles, und es ist dankbar für die Möglichkeit und gewährte Hilfe zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Und wenn zur Urlaubszeit eine wahre Völkerwanderung über die Grenzen einsetzt, ist das auch ein Zeichen ehrlicher Sehnsucht: Wir möchten unsere Nachbarn kennenlernen, mit ihnen zusammenkommen und nie wieder so isoliert sein wie nach 1933. Wir sehen auch klar, daß das zwangsläufige Zusammenrücken durch Technik, Verkehr und militärischen Zusammenschluß zur Gefahr wird, wenn wir uns nicht verstehen.

Europa ist doch wie ein großes Haus, in dem viele Familien wohnen. Die Nachbarn schütteln den Kopf, wenn der Streit aus Fenstern und Türen schallt. Die Bewohner des Hauses schämen sich vielleicht, aber sie können es nur schwer ändern. Was werden die Nachbarn ihnen raten? Doch einfach zweierlei: Sucht nicht die Forderungen durchzusetzen, die euch selbstverständlich waren, als ihr noch jeder ein Einfamilienhaus hattet. Grenzt euren engen Raum so ab, daß jede Familie ihr Eigenleben so ungestört wie möglich führen kann — und wenn's durch Kreidestriche

auf dem Fußboden oder aufgehängte Wolldecken geschieht.

Was sagt uns dies Bild?

Wenn wir die Auswirkung der nationalistischen Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts vom Standpunkt unserer Nachbarkontinente ansehen, wird uns klar, wie unermeßlich groß der Schaden ist, den *alle* europäischen Völker erlitten haben. Unbegreiflich die Niederlagen, die ein Volk dem anderen in den Kolonien zugefügt hat, unbegreiflich die Schadenfreude, mit der ein Volk die Verluste des anderen registrierte. Heute sehen wir, daß die Schwierigkeiten Frankreichs in Nordafrika auch unser Nachteil sind und daß Englands Verluste in Übersee und im Vorderen Orient uns alle treffen. Die Kunst der Asiaten, ein europäisches Volk gegen das andere auszuspielen, haben wir selbst provoziert. Der Nationalstolz wird zur zersetzenden Kraft, wenn er eine negative Tendenz gegen das Nachbarvolk enthält und nicht das dankbare Bewußtsein, mit ihm zusammen ein Glied Europas zu sein, in sich schließt. Wir sind nicht Besitzer von Einfamilienhäusern, die sich viel erlauben können, ohne den Nachbarn zu kränken, sondern wir wohnen in einem einzigen, noch dazu hellhörigen Haus und müssen lernen, einander nicht zu stören, uns rücksichtsvoll zu beschränken, einander zu verzeihen und miteinander das gemeinsame Dach in Ordnung zu halten. Das ist leichter zwischen den Familienvätern besprochen, als zwischen den Kindern, die mit dem Kopf an derselben Holzwand schlafen, durchgeführt.

Zwischen Bonn und Kopenhagen ist leichter ein Übereinkommen zu erzielen, als ein Miteinanderauskommen an der Grenze. Denn die Idee ist nichts, die Wirklichkeit ist alles. Wie sieht die Verwirklichung des Vereinigten Europas für uns Deutsche südlich der Grenze aus?

1. Wir sind mit unseren Landsleuten dänischer Überzeugung eins in dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“. Toleranz bedeutet für uns, daß wir (nach einer Formulierung von Adolf Arndt) „dem anderen seinen Glauben glauben“, wie wir dasselbe uns gegenüber erwarten. Nur so wird unser beider Blick auf das größere Ziel frei. Aber das heißt auch, daß wir bitten, den Begriff „dänisch“ nicht mit „heimattreu“ gleichzustellen. Wir Deutschen lieben unsere schleswig-holsteinische Heimat als einen Teil Deutschlands, in dem jeder Deutsche Heimatrecht hat. Man sollte dem Ostdeutschen sein Heimatrecht in Schleswig-Holstein so wenig bestreiten wie etwa dem Kopenhagener in Nordschleswig.
2. Wir Deutschen bemühen uns, das schwere Schicksal unserer heimatvertriebenen Brüder und Schwestern als unser eigenes Leid mit ihnen zu tragen und ihnen zu helfen, hier ihre Heimat zu finden. Wir sind dankbar, daß die Wunden im Verhältnis zu den Alteingesessenen verheilt sind. Wir freuen uns mit jedem, der im Süden eine bessere Existenz und Heimat findet, aber wir sind

- unbedingt solidarisch mit ihnen, wenn zwangsweise Umsiedlung propagiert wird.
3. Wir sind unserem Vaterland dankbar für wirtschaftliche Hilfe, wie z. B. im Programm Nord, die den deutsch- und dänischgesinnten Staatsbürgern nach gleichem Recht zugute kommt. Wir haben mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen, daß die sich dagegen wendende Polemik auch von dänischer Seite zurückgewiesen wurde.
  4. Expansionspolitik hat uns Deutsche ins Unglück gestürzt und wird die anderen Völker Europas auch nicht glücklich machen. Nur wenn die Wände im Haus feststehen, können die Familien unbefangen miteinander durch die Türen verkehren.
  5. Muß nicht die Unbefangenheit des Umganges miteinander unser Ziel sein? Wir möchten den Dänen ebenso unbefangen danken können für alle Hilfe, die unsere notleidenden Volksgenossen durch die dänischen sozialen Dienste erfahren haben, wie wir beschämt und dankbar stehen vor dem, was wir in Notzeit aus Schweden, Norwegen, Amerika und anderen Ländern empfangen haben. Aber die „Eiderpolitik“ verdirbt die Unbefangenheit des menschlichen Umganges immer wieder. Wir möchten gerne der dänischen Minderheit in Flensburg mit derselben Liebe und unbefangenen Freundschaft gegenüberstehen, wie z. B. die Hamburger der dänischen Kolonie in Hamburg. Angesichts der politischen Entwicklung seit 1945 und der auch auf dänischer Seite vorhandenen Auffassung, daß im kommenden Europa die politischen Grenzen nur noch relativ belanglose Verwaltungsgrenzen sein werden, würde uns die Anerkennung der Grenze realistisch und zeitgemäß erscheinen und viele Kräfte freimachen zu positiver Zusammenarbeit.
  6. Die Ausräumung der politischen Gegensätze würde auch den Weg freimachen zur unbefangenen Freude an der Zusammenarbeit am gemeinsamen europäischen Markt. Aber so sehr der wirtschaftlich denkende Däne die großen Möglichkeiten z. B. für den Ausbau der dänischen Wirtschaft sieht, so stark sind die Bedenken von der Grenze her gegen Intensivierung der wirtschaftlichen Wechselwirkung: „Werden deutsche Arbeitskräfte nach Norden dringen? Werden Kontakte nach Süden dem nationalen Ringen schaden, das eine noch so umfassende Europäisierung nicht wird aufheben können?“ (F. Rudbeck, „Information“ vom 14.8.1957). Könnten wir Deutschen nicht die gleichen Bedenken aussprechen? Aber sie waren nie zeitgemäß und sind es heute weniger als je.

Die Zeit drängt! Das politische Zusammenwachsen schreitet zwangsläufig rasch voran und hat z. B. in der militärischen Einheit bereits sein Symbol gefunden, die wirtschaftliche Einigung wächst ebenfalls rasch, aber — ich wiederhole es — diese

engen Zusammenschlüsse werden geradezu zu einer Gefahr, wenn es am menschlich-kulturellen Verständnis füreinander fehlt. Wir nehmen die Tatsache gelassen hin, daß in unserer Mitte Dänen wohnen, und gestehen ihnen das Recht zu, in positiver Weise an der Festigung ihrer Kultur zu arbeiten. Unsere Liebe zum eigenen Volkstum ist so stark, daß wir an seinen Bestand glauben und auch durch Rückschläge in diesem Glauben nicht irre werden. Wir fürchten den Fanatismus in unseren eigenen Reihen so sehr wie jeden Versuch, in kulturellen Dingen Zwang zu üben. Echte Kultur wächst wie eine Pflanze von innen heraus. Welch edler, beide Seiten befruchtender Wettbewerb wird emporblühen, wenn kein Däne südlich der Grenze zu fürchten braucht, daß er durch irgendwelche Maßnahmen im freien Austausch mit Dänemark gehindert werden könnte, und wenn kein Deutscher die Sorge zu haben braucht, daß einst eine Eidergrenze ihn von seinem Vaterlande abschneiden möchte. Dieses Ziel ist für uns das Licht der Zukunft, daß die Schatten der Vergangenheit tilgen wird. Dabei fordert das Gebot der Stunde im Grunde nicht einmal ein Opfer, sondern bietet uns ein Geschenk: die Liebe zum neuen Europa, welche die Liebe zum eigenen *und* zum Vaterland des Nächsten in sich schließt.

NIELS BOEGH-ANDERSEN, Leiter der dänischen Volkshochschule Jarplund

Jahrhunderte hindurch haben bedeutende Persönlichkeiten unseres europäischen Raumes die Zerrissenheit Europas beklagt. Wiederholt hat man versucht, eine europäische Gemeinschaft zu bilden. Die Gründe hierzu waren verschiedener Art, von den idealistischen, nicht realisierten Ideen einiger Philosophen und Völkerrechtler bis zu den praktischen Durchführungsversuchen der katholischen Kirche, Napoleons und Adolf Hitlers, die aber daran gescheitert sind, daß die angestrebte Einheit von den Hegemonieforderungen einzelner Kräfte begleitet war. Zieht man hieraus das geschichtliche Facit, kommt man zu der Überzeugung, daß die praktische Durchführung einer europäischen Einigung nur möglich ist, wenn sie ohne machtpolitische, wirtschaftliche oder militärische Hegemonieansprüche einzelner Staaten oder Kräfte versucht wird.

Die Grundlage eines vereinten Europas kann nur dieselbe sein wie die Grundlage, auf der die bestehenden eigenstaatlichen Einheiten ruhen: Sicherung der menschlichen Grundrechte, wie sie als Grundlage demokratischer Gemeinwesen anerkannt sind. Das bedeutet, daß Europa aus der Bereitschaft seiner Menschen geschaffen werden muß, die diese Vereinigung bejahen, weil sie durch sie eine Erweiterung ihrer menschlichen Lebensmöglichkeiten erhoffen oder zumindestens

keine Beschneidung derselben. Man darf jedoch nicht erwarten, daß die Menschen Europas ohne weiteres den europäischen Einigungskräften einen Blankoscheck geben wollen, wenn diese nicht in ihren Bestrebungen die Grundlage der individuellen Bereitschaft anerkennen und zu verwirklichen suchen.

Außer dieser unabdingbaren Grundlage ist die Stärke der Bereitschaft abhängig von den konkreten Vorteilen, die eine europäische Vereinigung auf den verschiedenen Gebieten menschlichen Lebens mit sich bringt. Hier sind im wesentlichen die wirtschaftlichen Vorteile ins Auge fallend. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der einzelnen europäischen Länder hat seine Ursache in der Begrenzung volkswirtschaftlicher Aktivität auf relativ kleine Produktionsräume. Die Vielzahl europäischer Währungen, die Verschiedenheit der Produktionsapparate, der Arbeitsbedingungen und Arbeitsintensität, die verschiedenartige Ausrüstung der europäischen Staaten mit Grundstoffen, Industrien und anderen produktionsfördernden Faktoren bedeutet in ihrer Gesamtheit einen unproduktiven Verschleiß wirtschaftlicher Kraft nicht geringen Ausmaßes. Der Einsatz dieser Wirtschaftskräfte innerhalb eines größeren Wirtschaftsraumes Europa würde ohne Zweifel — nach großen zu erwartenden Übergangsschwierigkeiten — die Kraft dieser Wirtschaft insgesamt heben, was letzten Endes größeren Wohlstand und damit bessere materielle Lebensbedingungen bedeutet. Auch im Welthandel würde die Bedeutung eines wirtschaftlich geeinten Europas klar zu erkennen sein.

Da ein vereinigtes Europa gleichzeitig die Verschmelzung der außenpolitischen Konzeptionen der europäischen Einzelstaaten mit sich bringen würde, würden erstens eventuell vorhandene Gegensätzlichkeiten innerhalb des europäischen Raumes verschwinden und zum anderen die verhältnismäßig mehr oder weniger bedeutenden außenpolitischen Möglichkeiten dieser Einzelstaaten zu einem außenpolitischen Faktor von wirklichem Gewicht zusammengefaßt werden. Eine ähnliche Stellung würde einem vereinten Europa auf strategisch-militärischem Gebiet zuteilwerden. Hier wäre Europa unter den gegebenen Umständen ein militärischer Faktor von ausschlaggebender Bedeutung. —

Es sollte daher auf Grund dieser kurz angezeigten konkreten Vorteile auch vom Standpunkt der gesunden Logik eine zunehmende Bereitschaft zur europäischen Einigung heranwachsen können. Nach 1945 ist diese Bereitschaft in stark steigendem Maße vorhanden. Die Bestrebungen in politischer Hinsicht (Europarat) und auf wirtschaftlichem Gebiete (EZU, Montanunion und Euratom), sowie auf militärischem Gebiet (Nato) zeigen dieses deutlich. Es scheint doch, als ob die bisher hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit erreichten konkreten Resultate verdächtig schnell zustande gekommen sind, d. h. daß der übliche historisch bedingte Egoismus der Einzelstaaten in unverständlich kurzer Zeit überwunden

wurde. Wir stehen heute einer Vereinigung Europas zu einer überstaatlichen Einheit vielleicht näher als jemals zuvor.

Leider kann man wohl mit Recht die Auffassung vertreten, daß die europäischen Einigungsbestrebungen heute in höherem Maße Folgen einer Angstpsychose auf Grund der vorhandenen weltpolitischen Spannungen sind, als daß sie einer ideellen Erkenntnis und einer ehrlichen Überwindung tiefverwurzelten Nationalegoismus der einzelnen Staaten entspringen. Man fühlt sich nicht ganz wohl bei dem Gedanken daran, daß die forcierte Einigung Europas als eine politische, wirtschaftliche und in erster Linie militärische Notwendigkeit auf Grund der akuten Spannung zwischen den beiden großen Machtblöcken im Osten und Westen betrieben wird, gewissermaßen als der letzte Ausweg oder das kleinste Übel. Hier besteht nämlich die große Gefahr, daß ein aus der augenblicklichen politischen Konstellation zusammengeschweißtes Europa, das unter großpolitischem Zwang — ohne bis ins Letzte ideell fundiert zu sein — entstehen wird, bei Zerfall dieser Konstellation wieder auseinanderbricht.

Mit anderen Worten: Europa darf nicht aus einem äußeren Zwange allein gestaltet werden.

Wie auch immer ein vereinigtes Europa entsteht, wird es innerhalb eines solchen Zusammenschlusses ein Weiterleben verschiedener Völker mit verschiedenen Sprachen und nationalen und kulturellen Eigenarten geben. Den Prototyp des „Europäers“ — d. h. eines Menschen mit einer europäischen Eigenart und einer europäischen Sprache — wird es und darf es nicht geben. Die große Entwicklung Europas zu einem kulturschöpferischen Faktor weitester Bedeutung war ausschließlich denkbar durch die ungeheure Mannigfaltigkeit des nationalen Eigenlebens der Völker. Wenn darum ein vereinigtes Europa die Möglichkeit haben soll, diesen Platz als kulturschöpferischen Faktor zu behaupten bzw. weiterzuentwickeln, kann dieses nur geschehen durch die konsequente Bewahrung und Förderung der verschiedenen nationalen Kulturwerte.

Hieraus folgt, daß die Stellung der Grenzgebiete, in denen verschiedene Kulturen sich treffen, eine doppelte Bedeutung in europäischer Sicht gewinnt. Einmal besteht hier durch das Nebeneinander verschiedener Kulturen ein Spannungszustand, der das Beste verschiedener europäischer Kulturen bewußt hervortreten läßt und schöpferische Momente für eine Weiterentwicklung eröffnet. Zum anderen zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit, wieweit die für ein vereinigtes Europa notwendige und grundlegende Überwindung eines verstiegenen nationalen Egoismus durch den Gedanken und die Praxis menschlicher Toleranz gediehen ist.

Meinen die im Augenblick bestehenden europäischen Staaten es deshalb ehrlich mit ihren Einigungsbestrebungen, müssen sie national und kulturell verschiedene Gruppen und Minderheiten innerhalb ihres Staatsverbandes nicht länger als

bekämpfungswürdige, eine europäische Einigung verhindernde Fremdkörper betrachten, sondern vielmehr versuchen, diese als wesentliche Faktoren positiver Art in das europäische Gesamtmosaikbild aufzunehmen. Auf diesem Gebiete muß noch sehr viel geschehen.

JES SCHMIDT / *Chefredakteur des „Nordschleswiger“, Apenrade*

Der Weg von der Europa-Idee oder, besser gesagt, vom Europa der Nationalstaaten zur europäischen Völkergemeinschaft ist weit. In den ersten Nachkriegsjahren hatte es den Anschein, als wäre es eine schier unlösbare Aufgabe, die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit zu überwinden. Heute sind wir der europäischen Zusammenarbeit, das darf ohne Übertreibung gesagt werden, um viele Schritte nähergekommen. Was noch vor Jahren vielfach als Utopie galt, ist jetzt als Ziel erkannt und nähergerückt, nämlich die immer größer werdende Zusammenarbeit der europäischen Länder über die Grenzen hinweg.

Für einen nordschleswigschen Beobachter ist es interessant gewesen, die europäische Entwicklung im Süden und im Norden zu verfolgen. Von der nordschleswigschen Landbrücke, von der Brücke zwischen Deutschland und dem Norden hat man vielleicht besonders gute Möglichkeiten, sich ein einigermaßen klares Bild von der Entwicklung zu machen.

Zuerst begegnete man in Dänemark der Europa-Idee, wie sie in der ersten Nachkriegszeit in Deutschland mit ungeheurem Elan vertreten wurde, mit einer guten Portion Skepsis. Die Verfechter des Europagedankens in Deutschland wurden nicht selten als „Europaschwärmer“ angesehen. Man erblickte vielfach in der starken deutschen Betonung des europäischen Gedankens eine Flucht aus der deutschen Vergangenheit und aus der Verantwortung für Geschehenes, kurz gesagt als ein Ausweichen. Sehr kritisch eingestellte und wenig wohlwollende Kreise scheuten nicht davor zurück, in Gesprächen die Anschauung zu vertreten, die Deutschen wollten jetzt über die Europa-Idee das erreichen, was sie mit Hitler auf dem Wege der Macht nicht erzielen konnten. Es hat jedenfalls keinen Zweck, sich in dieser Hinsicht Illusionen hinzugeben, denn die hier erwähnten Tendenzen waren wirklich vorhanden.

Vielleicht erklärt sich daraus die dänische Reserviertheit gegenüber der Europa-Idee, wie man sie noch vor zwei bis drei Jahren auf Schritt und Tritt feststellen konnte. Zwar gab es auch schon in den vierziger Jahren dänische Politiker, Erzieher und Publizisten, die sich den europäischen Einigungsbestrebungen gegenüber

aufgeschlossen zeigten, aber ein wirklich breites Echo fand man in der Bevölkerung nicht. Im Zuge der deutsch-dänischen NATO-Bundesgenossenschaft und vor allen Dingen in Verbindung mit der Bildung des Gemeinsamen Marktes und mit den Plänen über die Schaffung einer europäischen Freihandelszone ist das ganz anders geworden. Heute spricht ganz Dänemark von der europäischen Zusammenarbeit, die Zeitungen packen das Thema an, im Rundfunk wird es eifrig diskutiert und der sogenannte „Mann auf der Straße“ redet sich darüber die Zunge heiß. Die Dinge sind in Fluß geraten.

Aber blicken wir zunächst auf die Entwicklung in Deutschland, wie sie sich einem nordschleswigschen Beobachter darbot. Die ungeheure Welle der Europa-Begeisterung, die nach dem Kriege über die deutschen Lande brauste, mußte unwillkürlich in mancher Hinsicht wirklichkeitsfremd erscheinen. Man konnte sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, daß hier viel blauäugige Naivität am Werke war, Luftschlösser zu bauen. Vielleicht ist dieses Urteil etwas überspitzt, aber von einem nordschleswigschen Standpunkt aus gesehen bedeutete die Europaschwärmerei zeitweilig eine erhebliche Belastung der gesunden und wohlbegründeten Europa-Idee. Die Warnung vieler Deutscher, z. B. des verstorbenen Kieler Oberbürgermeisters Andreas Gayk, erschien uns nur allzu begründet. Gayk stellte bekanntlich mit erheblicher Autorität fest, daß man kein guter Europäer werde, indem man sich zu einem schlechten Deutschen mache.

In der Europa-Begeisterung der ersten Nachkriegsjahre ließ man allzusehr außer acht, daß man eine so große Idee, wie es der Europagedanke in Wirklichkeit ist, nicht im Sturm der Begeisterung von einem Tag zum anderen verwirklichen kann. Was von Bestand sein soll, muß organisch wachsen, das gilt erst recht für die Aufgaben der europäischen Gemeinschaft. Die extremen Verfechter der Europa-Idee machten die Sache dadurch nicht besser, daß sie glaubten, alles, was nationale Tradition und echtes Volkstum in sich trägt, rücksichtslos über Bord werfen zu können oder sogar zu müssen. Viele von ihnen meinten, die Europa-Idee könne durch die weitgehende Verleugnung des Volkstums und allein durch die Aufhebung der Staatsgrenzen verwirklicht werden. Sie übersahen, daß der Wert gesunden Volkstums in einem vereinigten Europa von weit *größerer* Bedeutung sein wird als im Europa der scharf voneinander getrennten Nationalstaaten. Fallen die Staatsgrenzen, das wurde allzuoft übersehen, dann *bleiben* die Grenzen des Volkstums, der Sprache, der Eigenständigkeit und der kulturellen Leistungen.

Von einer nordschleswigschen Warte aus gesehen stehen noch viele Anhänger der Europa-Idee vor der Aufgabe, die Bedeutung des Volkstums entdecken zu müssen. Es kann daher gar nicht dankbar genug begrüßt werden, wenn z. B. Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier kürzlich in Karlsruhe feststellte:

„Die Integration, der Zusammenschluß Europas, den wir meinen, kommt nicht zustande durch die Reduktion, durch die Desintegration, durch den Abbau der nationalen Kulturen, sondern diese Einigung der europäischen Völker kommt nur zustande in der treuen Bewahrung der gewachsenen nationalen Besonderheiten und Geschlossenheit in einer auf Gerechtigkeit begründeten und auf den Wohlstand aller bedachten neuen großen europäischen Gemeinschaft. Diese Aufgabe verpflichtet uns Deutsche, gleichgültig, ob wir diesseits oder jenseits der Reichsgrenzen geboren sind, und diese Aufgabe verpflichtet uns Deutsche in gleichem Maße wie unsere Nachbarvölker.“

\*

Welche Stellung nehmen die nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland im Spiegel der Fragestellung Europa-Idee und Wirklichkeit ein? Auch hier hat eine Entwicklung stattgefunden, die Idee und Wirklichkeit nähergerückt hat. Das gilt besonders für die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Sie hat schon sehr frühzeitig nach dem Kriege die Konsequenzen aus der völlig veränderten europäischen Lage gezogen. Nicht Grenzen verschieben, sondern Grenzen überwinden, die Übertragung des europäischen Gedankens auf das Grenzland und die Verbindung des Bekenntnisses zum deutschen Volk mit einem positiven Verhältnis zum dänischen Staat sind deutsch-nordschleswigsche Formulierungen, die den Weg kennzeichnen, den die deutsche Volksgruppe beschreitet. Ihre Krönung hat diese Politik durch die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen gefunden, die zur Annahme der Kopenhagener und der Bonner Erklärung durch die beiden zuständigen Parlamente führte.

Die dänische Minderheit hat sich zu der notwendigen Neuorientierung noch nicht durchringen können. Zwar sprechen ihre führenden Männer auch vom Europagedanken, aber in ihrer offiziellen Politik sind sie noch in den Gedankengängen des 19. Jahrhunderts und der Nachkriegszeit steckengeblieben. Sie berufen sich auf das historische Recht, übersehen aber dabei, daß man das Rad der Geschichte nicht rückwärtsdrehen kann und daß man sich mit der Wirklichkeit abfinden muß, die das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung ist. Die Kluft zwischen Europa-Idee und Wirklichkeit ist also, was die dänische Minderheit betrifft, noch recht breit, obgleich sich unter der Losung „Front und Brücke“ heute neue Tendenzen in der dänischen Minderheit am Horizont abzeichnen. Nach deutsch-nordschleswigscher Auffassung ist der Weg für die volle Übertragung des europäischen Gedankens auf das Grenzland dann frei, wenn auch die dänische Minderheitenführung sich zu der Auffassung durchgerungen hat, daß es sich im Schleswiger Raum bei Lage der Dinge nicht mehr um Grenzrevisionismus handeln kann. Das volkliche und kulturelle Ringen wird auch in Zukunft stattfinden, aber man

kann und man muß ihm dadurch die Schärfe nehmen, indem man auf den Irredentismus verzichtet.

Mit der Verwirklichung der Europa-Idee, und das ist für die Volksgruppen von entscheidender Bedeutung, muß die Schaffung eines europäischen Volksgruppen rechtes Hand in Hand gehen, eines Rechtes, das nicht nur die formelle, sondern auch die substantielle Gleichberechtigung der Volksgruppen sicherstellt. Ein solches Volksgruppenrecht, das im Zuge der allmählichen Überwindung der Staatsgrenzen als scharfer politischer und wirtschaftlicher Trennungslinien entsteht, würde es künftig verhindern, daß die Volksgruppen zu Irritationsmomenten zwischen den einzelnen Völkern und Ländern werden. Für die Volksgruppen wäre dann auch der Weg zu ihrer Funktion als Mittlern zwischen den Völkern frei.

Das sind nach nordschleswigscher Auffassung die Ziele, die verfolgt werden müssen, um Brücken zu schlagen zwischen Europa-Idee und Wirklichkeit.

#### A. FEJLBERG-JØRGENSEN / *Rektor des Staatl. Gymnasiums in Tondern*

Wenn ein kleiner Mann in einem abgelegenen Ort der Welt den Versuch machen soll, seine Auffassung des in der Überschrift gestellten Problems zu formulieren, wird er leicht von dem Gefühl der Ohnmacht und der Erkenntnis der eigenen Unwissenheit ergriffen, die den fruchtbaren Boden des so ausgebreiteten Eskapismus und der Scheuklappenmentalität der Nachkriegszeit bilden. Hinzu kommt, daß viele sich abgestoßen fühlen von dem Hang unserer Zeit, komplizierte Fragen zu vereinfachen, indem man von der geschichtlich gegebenen Entwicklung absieht oder indem man sich damit begnügt, das Scheinwerferlicht auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit zu werfen, der von den billigen Schlagwörtern gedeckt werden kann. Als Beispiele solcher vulgären Vereinfachungen scheinen mir Formulierungen wie Ost — West oder Nationalstaat — Europagedanke, letzterer oftmals so verstanden, daß diejenigen, die in nationalen, also wohl veralteten Bahnen denken, keine guten Europäer sein können und umgekehrt. Für jemanden, der in einem Grenzland mit seiner von zwei Nationalitäten geprägten Atmosphäre aufgewachsen ist, muß das Hauptproblem darin liegen, das Verhältnis zwischen der historisch gegebenen Grundlage im Grenzland und „der europäischen Notwendigkeit“, um ein hundertjähriges Schlagwort zu gebrauchen, zu klären. Näher Umrissen und in bedenklicher Nähe der soeben verurteilten Schlagwörter muß es von mir aus gesehen die Aufgabe sein, die Werte in den nationalen Kulturen festzuhalten, indem wir uns gleichzeitig zu guten Europäern entwickeln. Mit Rücksicht auf unsere

menschliche Entwicklung darf das eine das andere nicht ausschließen.

Wo die Gesichtspunkte eines Deutschen unter dem Einfluß der gewaltigen inneren und äußeren Erschütterungen, die das Schicksal seines Vaterlandes in diesem Jahrhundert waren, vielleicht von Katastrophenstimmung oder einem Hang zum reinen Tisch machen und gleichsam von vorne anfangen geprägt werden können, werden die Beurteilungen eines Dänen versuchen, auf den langen Linien in der Entwicklung zu bauen, er wird danach trachten, die Tatsachenerkenntnisse unserer Zeit organisch mit der Erfahrungsmasse politischen und allgemeinkulturellen Charakters der Vorzeit zu verarbeiten. Die Welt wurde nicht neu nach 1945, und die grundlegenden Faktoren, die die „große“ und die „kleine“ Politik bestimmen, sind im großen und ganzen die gleichen heute wie damals. Das bedeutet natürlich nicht, daß unsere Zeit uns nicht neuen Aufgaben gegenüberstellt, auch nicht, daß unsere Situation in entscheidenden Punkten nicht eine andere ist als vor den großen Kriegen. Von solchen einschneidenden Veränderungen will ich in dieser Verbindung nur erwähnen, daß Europa kleiner und schwächer geworden ist und daß die nationale Struktur des 19. Jahrhunderts, wie sie uns in Staatsbildungen, ökonomischen und kulturellen Einheiten überliefert ist, eines Umbaus oder vielmehr eines *Überbaues* bedarf. Diese Strukturveränderungen sind schon längst im Gange. Als verantwortungsbewußte Bürger einer demokratischen Gesellschaft können wir sie nicht passiv kommen lassen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, Stellung zu nehmen zu ihnen, sie zu beurteilen aus unserer Mitverantwortung gegenüber dem Erbe der Vorzeit und den Entwicklungslinien, die wir in der Gegenwart als wertvoll betrachten.

\*

Einige der Bedenken, die sich gegenüber den Europaplänen einstellen und die ins Licht gerückt werden müssen, um hoffentlich ausgerottet zu werden, liegen, auf den langen Linien und entspringen den Erfahrungen aus der deutsch-dänischen Geschichte des letzten Jahrhunderts. Zusammengefaßt kann es so ausgedrückt werden, daß wir von der Bismarck-Zeit bis 1945 Deutschland gefürchtet haben und diese Furcht mit dem Hinweis auf die zwei in ihrem Ursachenverhältnis und Verlauf so verschiedenen Aggressionen — 1864 und 1940—45 — und mit den Drohungen gegen unsere Südgrenze 1933—40 begründen. Unsere frühere Neutralitätslinie baute auf denselben Erfahrungen, supliert mit entsprechenden aus den Kontroversen anderer Kleinstaaten mit Großmächten.

In deutschem politischem Denken hat der Staatsbegriff seit Hegels Tagen eine solche Rolle gespielt, daß man nicht zu weit geht, wenn man — zumindest in tonangebenden Kreisen — von einem ausgeprägten Staatskult, der in der Nazizeit seinen Höhepunkt fand, spricht. Selbst wenn Dänemark gleichsam wie die meisten

anderen demokratischen Länder in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg eine bedenkliche Erweiterung des Wirkungskreises des Staates erlebt, werden hoffentlich u. a. unsere jahrhundertealten politischen und volklichen Traditionen uns niemals vergessen lassen, daß der Staat des Individuums willen vorhanden ist und nicht umgekehrt. Meines Erachtens wird die Entwicklung in Westdeutschland denselben Weg gehen, was von Bedeutung sein wird für die Kräftigung der Demokratie im allgemeinen in unserem Nachbarland. In der Praxis wird eine solche Entwicklung zu größerem Respekt vor der Freiheit des Individuums führen, und konkretisiert auf die Verhältnisse in unserem national gemischten Grenzgebiet bedeutet es, daß das Ziel volles und ganzes Nachleben des Respektes vor dem Recht des einzelnen, sein volkliches Zugehörigkeitsverhältnis zu wählen und zu entwickeln, sein muß. Erst wenn dies der Fall ist, kann der europäische „Überbau“ ein solides Fundament erhalten.

\*

Die „Europa-Entwicklung“, die längst im Gange ist, hat grob schematisch gesprochen besonders auf dem militärischen und wirtschaftlichen Gebiet eingesetzt, jedes für sich zum Bersten gefüllt mit Problemen.

Die Zusammenarbeit in der Nato — der, wie einige meinen, geringere Ausweg nach dem Schiffbruch des Europaheeres — hat zweifelsohne eine Bremse für die sowjetrussischen Aggressionstendenzen gegenüber dem Überbleibsel von Westeuropa bedeutet. Aber da können wir nicht stehenbleiben. Ein Militärvertrag allein schafft nicht ein lebensstüchtiges Westeuropa. Wir müssen anderes hervorbringen können als Atombomben als Antwort auf die Herausforderung des Kommunismus. Und viele fürchten, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands dem alten deutschen Militarismus eine Gelegenheit geben kann, aus dem Grabe wieder aufzuerstehen. Die Deutschen dieser Nachkriegszeit haben gute Voraussetzungen zum Verständnis der Gefühle, die wir vor nur reichlich zehn Jahren gegenüber den uniformierten Neuropa-Repräsentanten in unserem Land hegten. Ich muß eingestehen, daß die Nato-Zusammenarbeit mir als eine verfluchte Notwendigkeit erscheint, die nicht einer fruchtbaren volklichen Gemeinschaft Wachstum verleihen kann.

Die Montanunion und der gemeinschaftliche Markt der sechs Länder werfen, wie alle wissen werden, viele und große Fragen auf. Eine von diesen, die das wirtschaftlich schwache Dänemark stellen muß: Wird der gemeinschaftliche Markt einen wirtschaftlichen Imperialismus mit dem Schwerpunkt in dem im Rekordtempo wiederaufgebauten Westdeutschland fördern? Oder eine andere: Wird der neue Zusammenschluß den politischen Einfluß der katholischen Kirche stärken — zum Schaden einer progressiven Entwicklung auf sozialen und politischen Gebieten, die

uns eine konkurrenzfähige Alternative zum Kommunismus geben könnte und die nach meiner Meinung höchst erforderlich ist?

\*

Wenn diese Bedenken und Vorbehalte vorgebracht sind, unterstreiche ich an dieser Stelle wieder, was meine Person angeht, daß ich den Europagedanken als die größte und konstruktivste Idee unseres Jahrhunderts betrachte, wobei ja hinzukommt, daß ihre glückliche Durchführung eine Existenzfrage für uns in Westeuropa ist. Von wesentlicher Bedeutung jedoch sind das Tempo, die Mittel und Wege zur Verwirklichung des Gedankens. Entscheidend ist, ob die vorbereitende Arbeit und die notwendigen Maßnahmen uns positiv reagieren lassen werden auf die tiefgehende Umstellung von gewohnten Denkmethoden, welche allein uns über die großen Übergangsschwierigkeiten hinwegzubringen vermögen.

Was können wir gewöhnlichen Menschen in unserem einfachen grauen Alltag erreichen? Wir dürfen vor allen Dingen nicht die Dinge laufen lassen, nicht die Entwicklung den Fachleuten, den Militärs, den Wirtschaftlern, den Politikern, überlassen — mit uns als passiven Zuschauern. Wir haben in Westeuropa gemeinsame kulturelle Quellen, aber die geschichtliche Entwicklung hat bewirkt, daß ihre Werte in den verschiedenen Völkern sich verschieden entwickelt haben. Wir haben vermutlich gelernt, einzusehen, daß intoleranter Nationalismus und enger Staatsegoismus auf falsche Fährte führen. Ich bin so optimistisch, daß ich diese Phänomene als Kinderkrankheiten im Kulturleben Europas betrachte. Wir sollten nun dorthin gekommen sein, daß wir uns nicht nur gegenseitig in unserer historisch gegebenen Verschiedenartigkeit respektieren, sondern auch zugleich den Reichtum in der Mannigfaltigkeit erkennen können, voneinander lernen, von der Zusammenarbeit unter den Völkern befruchtet werden können. Die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit muß auf Gleichheit hinstreben, aber auf den kulturellen Gebieten liegen die Verhältnisse ganz anders. Für die volklichen Kulturen Europas wird Gleichheit, Gleichschaltung, Konformität den Tod bedeuten. Wir müssen deshalb uns und einander zu europäischem Gemeinschaftsgefühl und Verständnis auf der Basis des Respekts vor den volklichen Eigenheiten erziehen, um auf diesem Wege das Gemeinsame in der Vielfalt zu finden.

Und nun zurück zum Grenzland! Hier gilt zu allererst Freiheit, nationale, politische, geistige Freiheit: Selbstbestimmungsrecht. Je größere Freiheit auf beiden Seiten unserer Grenze, desto größere Möglichkeiten haben wir, um ein neues Klima im Grenzland zu schaffen (zu fördern), wo die schönen Europagedanken ihre Probe in der Welt der Realitäten bestehen können. Deutsch und dänisch hat beides Heimatrecht hier, unser Landesteil würde ärmer werden ohne die Spannungen, das Wechselspiel zwischen den zwei Kulturen. Aber nur, wenn wir unsere dänische,

beziehungsweise deutsche Kulturarbeit unter den zwischenvolklichen Perspektiven unserer Zeit auszuführen vermögen, nur dann haben wir die Möglichkeit, den großen Forderungen, die die Welt von heute an uns stellt, nachzuleben.

Gemessen an diesen Forderungen sieht es nur gering aus, was wir ausrichten können, und es dauert seine Zeit, bis neue Gedanken sich starkwachsen. Das eine und andere ist jedoch geschehen, das dazu berechtigt, von einem besseren Klima im Grenzland zu sprechen.

Deshalb sollen wir unser Gespräch fortsetzen und unsere Kontakte ausbauen. Das Ziel ist nicht eine flache „Verbrüderung“, sondern wirklichkeitsbetonte Gespräche auf der Ebene des Alltags, sowohl über das, worüber Einigkeit herrscht, als auch über das, was trennt.

## Das Grenzland und der Europagedanke

Als die Kanonen nach dem ersten Weltkriege schwiegen, fanden sich die Völker Europas in einem Dasein, in dem vieles zerschlagen und zermalmt und trotzdem viel Hoffnung war. Man glaubte, eine neue und bessere Welt sei im Anmarsch. Die optimistische Menschenschau, die mit der Romantik gekommen war, hatte einen neuen Sproß bekommen, aber er kam nicht aus der Wurzel. Der Fortschrittsglaube stieg wie ein Phönix aus der Asche des Weltenbrandes, und in diesem Glauben an die Entwicklung des Menschen fing man an, aufzuräumen. Eine neue und bessere Welt sollte geschaffen werden.

Charakteristisch für diese Zeit sind die Generationsgegensätze. Die Alten haben ihre Chance verspielt, sagten die Jungen und machten Aufruhr. In den zwanziger Jahren hatten wir hier in Dänemark eine große Weltanschauungsdebatte, typisch für dies Jahrzehnt, wo so vieles im Zeichen der Schlußabrechnung stand. In den dreißiger Jahren rückten die Arbeiter vor, und es kam zu einer Reihe großer Streiks. Der Grund mußte aufgeräumt werden, damit der Bau der neuen Welt gerichtet werden konnte. Man fand damals die Jahre chaotisch, und wunderbar verwirrt mag sich die Zwischenkriegszeit ausnehmen, wenn man sie heute betrachtet; aber niemand kann die Strahlen übersehen, die über ihren ersten zehn bis zwölf Jahren lagen. Es waren die der aufgehenden Sonne.

Wie ist es heute ganz anders, und wie anders ist es in den zwölf Jahren gewesen, die dahingegangen sind, seitdem die Waffen des zweiten Weltkrieges schweigen!

Das Licht, in dem wir 1945 aufzubauen begannen, was der Krieg zerstört hatte, war nicht das des dämmernden Morgens, sondern des anbrechenden Abends. Nichts von dem, was die zwanziger Jahre kennzeichnet, findet sich in den Jahren nach 1945. Kein Generationskampf, keine Weltanschauungsdebatte und gar nichts von frohem Idealismus. Der Fortschrittsglaube in Europa ist tot. Die meisten denkenden Menschen sind von einem tiefen Gefühl der Machtlosigkeit bedrückt.

Da ist *Vorsteher Lund*, bis vor einigen Jahren Leiter der Volkshochschule in Rödning, der uns darauf aufmerksam gemacht hat, daß man in diesen Nachkriegsjahren ständig auf die Worte „das Unumgängliche“ stößt. Wir fühlen uns ohnmächtig und geängstigt gegenüber den Kräften, die wir selber losgelassen haben. In der Welt regiert das Böse, sagen die Theologen und meinen, daß das immer so war und immer so bleiben wird. Wie oft hören wir nicht, daß Kriege unvermeidlich sind?

Wir müssen feststellen, daß der Friede 1918 mit Hoffnung kam, 1945 kam er mit Gefahr. Ja, der Mensch entdeckte, daß er nicht nur von Gefahr umgeben war, sondern vom Bösen, jedenfalls auch von Bösem. Was hatten Menschen in den Konzentrationslagern nicht getan? Und was waren sie nicht im Begriff zu tun? Der Friede war bald abgelöst worden vom sogenannten Kalten Krieg. Wir wurden Zeugen davon, wie die Randstaaten ausgelöscht wurden, wie die „Volksdemokratien“ entstanden und allein schon durch ihre Namen wie ungeheuerliche Satiren wirken mußten. Eine Krise kam nach der anderen in diesen zwölf Jahren, und auch eigentliche Kriege — Vietnam, China, Griechenland, Palästina. Überall Unruhe: in Indien, in Persien, Ceylon, Burma, Malaya; und jedesmal, wenn die Westeuropäer sich zurückziehen, nähern sich die Sowjets. Man denke an Holländisch-Ostindien, Französisch-Indochina, an die Philippinen, Syrien und Libanon. Bald war der eine Name, bald der andere in den Schlagzeilen der Zeitungen zu finden, die immer aufs neue von blutigen Unruhen erzählten. Und dann habe ich noch nicht einmal den schicksalsschweren Namen Korea genannt.

So waren die Jahre nach 1945 eine lange Reihe angespannter Situationen und Krisenzustände, und erst im Jahre 1953 schimmerte am Horizont eine Entspannung. Aber als wir im Herbst glaubten, sie sei näher als jemals, erlebten wir die Tragödie in Ungarn und kurz darauf die Verwicklungen im Nahen Osten. Da war es, daß die Hoffnung, je eine bessere Welt zu erleben, bei Tausenden verfloß. Wir erinnern uns alle an den Morgen, da bekanntgegeben wurde, daß Rußland den Westmächten ein Ultimatum gestellt habe. Bald zeigte es sich freilich, daß es sich nicht um ultimative Forderungen handelte, aber trotzdem sahen wir wie im Blitzlicht, an welchem dünnem Faden der Frieden der Welt hängt, wie wenig dazugehört, ihn in Gefahr zu bringen, und wie fast unheimlich klein die Welt geworden ist.

In der Tat, da ist kein Raum für irgendwelchen Optimismus — man müßte denn Eskapist sein wie der, der vor der harten Wirklichkeit flieht, mit einem Modewort der Zeit genannt wird. Es ist nicht verwunderlich, daß „Angst“ zum Hauptwort in der Literatur der Nachkriegszeit wurde. Menschen, die überhaupt ein Gefühl haben, mußten sich schuldbeladen fühlen, nicht nur wegen der ununterbrochenen Reihe von Krisen, sondern auch gegenüber dem, was geschehen kann, wenn die gewaltigen technischen Fortschritte, die wir gemacht haben, im Dienst des Bösen angewandt werden.

Es ist nicht nötig, zur Unterstreichung dieses Gesichtspunktes viele Namen aus der Literatur zu nennen. Der Tscheche Kafka, der Franzose Sartre und der Däne H. C. Branner werden ausreichen. Vom letztgenannten ist vor kurzem ein Buch erschienen „Wanderungen den Fluß entlang“, in dem er eine treffende Charakteristik des modernen Menschen gibt: „Ich sehe, wie der Sturm ihm seinen Clownhut vom Kopf

reißt und im Nu fortfliegt; ich sehe, wie seine bleichen Haare zu einem wilden Wirbel emporfliegen, ich sehe und sehe, wie sein Gesicht sich langsam in einem Schrecken ohne Grenzen verzieht, ein Schrei, größer als der Schall. Der blutige Schweiß steht ihm auf der Stirn und blutiger Schaum legt sich um seinen Mund, seine Augen kehren das Weiße nach außen — er ist gekreuzigt, er ist der Gekreuzigte. Aber sein Körper windet sich in noch größerer Pein, sein Körper wirbelt rund um sich selbst in noch hastigeren Drehungen, er ist der Ketzer auf dem Scheiterhaufen, er ist sein eigener Scheiterhaufen, seine Glieder vier tanzende Flammen. Sein Mantel reißt sich los und fliegt fort. Seine Schuhe schleudern sich hoch in die Luft und verschwinden, seine Socken folgen, seine Jacke, sein Unterzeug — er tanzt mit nackten Füßen auf einem glühenden Rost, er ist klein und leicht wie eine Feder, er ist der Nackte, der Letzte, ein tanzendes weißes Skelett, seine Rippen ein lebendiges Gitter in seinem eigenen Gefängnis, seinem eigenen ...

Um die Situation des modernen Menschen zu verstehen, muß man auch daran erinnern, daß ein ganz neues Weltbild entstanden ist und daß durch die Atomforschung ungeahnte Perspektiven eröffnet worden sind. Es ist schon früher vorgekommen, daß eine neue Weltanschauung durchbrach und Menschen unsicher und melancholisch machte. Aber diesmal glückte es den wenigsten, zu begreifen, was und wie und warum alles anders geworden ist. Der Kopenhagener Literaturkritiker Fr. Nielsen behauptet in einer Literaturgeschichte (Dansk Digtning i Dag, Forlag Fremad), die die dänische Staatsradiofonie soeben herausgegeben hat und in der er auf diese Verhältnisse eingeht, daß, wenn der moderne Mensch gegenüber den fürchterlichen Möglichkeiten der Wirklichkeit ein so starkes Gefühl der Ohnmacht hat, es daran liegt, daß er keine Autorität über sich weiß. Es ist sicher richtig, daß die wenigsten Menschen heute ein klares Weltbild haben, und nur wenige tun sich etwas auf eine Lebensanschauung zugute. Nur von sich selber her kann der moderne Mensch urteilen, sagt Fr. Nielsen. Er lebt existentiell, wie ein anderes Modewort der Zeit heißt. Er weiß, daß er existiert, und sieht es als wahrscheinlich an, daß das Dasein sinnlos ist.

Die Depression, die fast apokalyptische Stimmung, von der der Nachkriegs-Angstmensch so deutlich geprägt wird, ist ein ausgesprochen europäisches Phänomen. In Amerika lebt der Fortschrittsglaube heute wie gestern. Man glaubt an morgen, ja glaubt, daß der morgige Tag besser sein wird als der heutige. Lebensmut — zu Zeiten ein Lebenswille von dynamischem Charakter — prägt unsere jungen, frischen Freunde auf der anderen Seite des Ozeans. Sie bewohnen „Gottes eigenes Land“ und erwarten etwas von der Zukunft.

So ist es auch im Osten. Die jungen christlichen Kirchen da draußen leben im Morgengrauen der Schöpfung, während die Kreise in der Hammerumsharde und um

Breklum im Schatten des Jüngsten Tages für sie sammeln, um es etwas drastisch zu sagen. Auch in der Welt Afrikas ist Neuzeit und Wachstumszeit.

Es kann uns freilich nicht wundern, daß der pessimistische Mensch Europa angehört. Das Abendland — hier haben wir nicht nur im Laufe eines halben Jahrhunderts uns zweimal blutig und unbarmherzig bekriegt und nun nach dem Kriege unsere Ohnmacht gegenüber Kriegen und Krisen gefühlt und die dumpfen, Unheil verkündenden Echos der A-Bomben- und der B-Bombenversuche vernommen, wir haben gleichzeitig feststellen müssen, daß unsere europäische Kulturschau sich zusammen mit der militärischen und wirtschaftlichen Macht des Erdteils in schnellem Rückgang befindet. Europa ist nicht mehr der politische und wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt, unser Einfluß ist im Schwinden. Mächtige Volksbewegungen sind im Werden sowohl in Asien wie in Afrika. Die Farbigen verlangen mit Recht ihren Platz unter der Sonne.

Und während der europäische Einfluß in den alten Kolonialgebieten so ständig zurückgeht, werden wir von Amerika und Sowjetrußland bedrängt. Wie weit wir aus dem Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Welt herausgeglitten sind, sahen wir im Herbst in der UNO, als der afrikanisch-asiatische Block vollkommen in Anspruch genommen war durch die israelitisch-englisch-französische Aggression gegen Ägypten, für den Übergriff gegen Ungarn sich aber kaum interessierte.

\*

Die Entwicklung, die hier in wenigen und groben Strichen angedeutet ist, hat mit dem Grenzland direkt nichts zu tun, aber indirekt dadurch, daß sie den Hintergrund bildet für die Unlust, den Grenzkampf in der alten Spur weiterzuführen, die wir bei beiden Völkern feststellen, vor allem in der Jugend.

Wenn das aber im Grenzlande geschehen konnte, wo die nationalen Traditionen selbstverständlich besonders kräftig sind, kann man sich nicht wundern, daß die großpolitische Entwicklung in diesem Klima ringsum in Europa eine lange Reihe europäischer Sammlungsbewegungen hervorgerufen hat.

Nicht zum wenigsten in Deutschland hat der „Europagedanke“, obgleich unklar definiert, nun bald viele Jahre hindurch einen fast magischen Klang gehabt. Wenn Deutschland führend gewesen ist, hängt das wohl damit zusammen, daß der Zusammenbruch hier umfassender war als anderswo und daß man als Folge davon auch rein praktisch es für wichtig ansah, möglichst bald nähere Beziehungen zu den anderen europäischen Ländern aufzunehmen.

In Dänemark ist man zurückhaltender gewesen und hat bisher auf jeden Fall die Vereinigten Staaten von Europa als Phantasiegebilde angesehen. Daß wir langsam mit oder gegen unseren Willen einer näheren europäischen Zusammenarbeit zusteueren — nicht zum wenigsten nach Eintritt Deutschlands in den Atlantikpakt —

war den meisten klar. Und die im Augenblick anstehende Diskussion um den eventuellen Anschluß Dänemarks an die Zollunion der sechs Länder hat ein übriges dazu beigetragen, die Augen vieler dafür zu öffnen, daß die Zeit für den europäischen Zusammenschluß arbeitet, selbstverständlich in erster Linie auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Man hat aber hier kein Hehl daraus gemacht, daß das Endziel der Arbeit innerhalb der sechs Länder die Schaffung eines Vereinigten Europa ist, und es ist bemerkenswert, daß trotzdem die Kreise, die in der Regel das Nationale am stärksten betonen, aus wirtschaftlichen Überlegungen am stärksten auch für den Anschluß Dänemarks an den europäischen Gemeinschaftsmarkt eintreten.

Am deutlichsten sind die Linien von Handelsminister Professor *Kjeld Philip* gezogen worden, der am 1. August dieses Jahres in einer Rede in Fredericia klipp und klar sagte, daß der Anschluß an die Zollunion nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine nationale Frage sei, da „Zollunionen früher schon die treibende Kraft gewesen sind für die Bildung neuer Staaten und wir annehmen dürfen, daß das in noch höherem Grade heute der Fall ist... Es ist möglich, daß wir damit rechnen müssen, daß wir im Laufe einiger Generationen in eine größere Staatenbildung eingehen.“ Auf gleicher Linie hat Außenminister Ole Björn Kraft sich ausgesprochen.

Ob Dänemark seine Überlegungen über den gemeinsamen Europamarkt nun mit dem Anschluß an die Sechserunion abschließt oder nicht, steht dahin. Man wird aber trotz allem guttun, mit einem bedeutenden passiven Widerstand im dänischen Volk gegen eine europäische Gemeinschaft mit Deutschland als Partner zu rechnen. Abgesehen von den wirtschaftlichen Überlegungen, die aus dem Rahmen dieser Betrachtung herausfallen würden, liegen dafür zwei Hauptgründe vor.

Der erste ist die Angst vor Deutschland. Es handelt sich um eine tiefwurzelnde Angst als Frucht bitterer Erfahrungen. Wir wissen in Dänemark, daß es zwei Arten Deutschland gibt: eines, das wir bewundern, das Deutschland Goethes und Schillers, und eines, das wir fürchten: das Deutschland Bismarcks und Hitlers. Der Preußengeist läßt edlen Dänen das kalte Grausen über den Rücken gehen, und die Gedanken werden hingelenkt auf die Köllerperiode in Nordschleswig und auf die Besatzungszeit. Lauert in Deutschland nicht auch heute noch der Preußengeist? Wird er durch die deutsche Remilitarisierung nicht wieder neu belebt werden? Ich weiß aus Erfahrung, wie eifrig man in Deutschland darangeht, zur Demokratie zu erziehen, und persönlich empfinde ich diese Angst vor Deutschland nicht; aber viele in Dänemark kommen nicht davon los, und manche meinen, daß diese Furcht durch die Haltung Kiels gegenüber der dänischen Minderheit bestärkt wird.

Einen charakteristischen Ausdruck für die heutigen dänischen Empfindungen gegenüber Deutschland gab der bekannte dänische Kirchenmann Bischof *Erik Jensen*, Aalborg, neulich in einem Zeitungsartikel mit der Überschrift: „Unsere

Alliierten...“ Er schildert, wie er an einem schönen Sommertag mit seiner Familie an einer westdeutschen Grabenkante sitzt, als eine Formation des neuen deutschen Heeres vorbeizieht. Er sucht vergebens alle tristen Gedanken, die ihm beim Wiedersehen mit deutschen Soldaten kommen, zu unterdrücken. Er erinnert sich selber daran, daß diese deutschen Soldaten ja nun Dänemarks Verbündete sind und mit uns zusammen für Freiheit, Demokratie und Menschenwert kämpfen, aber:

„Ist es nun auch wirklich wahr, daß dies Volk von Soldaten anders geworden ist? Mehrere Generationen hindurch haben wir im Schatten dieses Landes leben müssen. Mehr als irgend ein anderes Volk ist das deutsche die Wolke am Himmel gewesen, die das Gefühl der Sicherheit nie ganz aufkommen ließ.

Wenn man die dänische Grenzpolitik verstehen will, muß man versuchen, diese nicht unberechtigte dänische Angst vor Deutschland zu verstehen. Die deutsche Haltung im Grenzlande ist für Dänemark der Prüfstein, ob demokratische Haltung Wirklichkeit geworden ist, ob sie ins Blut gegangen ist, wie man auf dänisch (und auf deutsch) sagt.

Die zweite Erklärung für das dänische Zögern gegenüber dem deutschen Europagedanken hat ihre Ursache in der oft unklaren Zielsetzung, die die verschiedenen Sammlungsbestrebungen haben. Was will man? Will man ein europäisches Nationalbewußtsein und eine Abschwächung oder vielleicht eine vollständige Auslöschung der nationalen und kulturellen Gefühle der einzelnen europäischen Völker?

Mitunter kommt man zu der Auffassung, daß viele auf deutscher Seite dies als das letzte Ziel der gemeinsamen Anstrengungen ansehen. Wenn man z.B. von grenzdeutscher Seite betont, daß ein dänisches kulturelles Leben in Südschleswig sich mit dem europäischen Gedanken nicht vertrage — ist das dann nicht ein Ausdruck dafür, daß man glaubt, das nationale Empfinden müsse abgeschwächt werden, ja daß es den Aufbau der neuen Zeit hemme?

Von dänischer Seite wird man gegenüber solchen Gedankengängen sich zurückziehen. Die Entwicklung im Norden hat uns gezeigt, daß es völlig aussichtslos ist, von oben her nationale und kulturelle Unterschiede auszulöschen. Der Skandinavismus des vorigen Jahrhunderts versuchte es, versagte aber kläglich, und heute, wo der Norden nicht, wie damals, dreigeteilt ist, sondern aus sechs freien Völkern besteht, stehen sie sich näher als je. Deshalb steht, von uns aus gesehen, ein dänisches kulturelles Leben in Südschleswig nicht im Widerstreit mit der neuen Zeit, sondern im Bunde mit ihr.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Auffassung bestätigt, daß man um das Nationale nicht herumkommt. In Wirklichkeit deutet vieles darauf hin, daß wir einer nationalen Zeit entgegengehen. Man denke an Cypern, Suez und Nordafrika.

Gleichzeitig erleben wir, daß internationale Bewegungen zusammenbrechen, wenn sie vom Nationalen absehen, man denke an die Entwicklung in Osteuropa mit dem Ringen zwischen nationalem und internationalem Sozialismus.

Mit anderen Worten, wir stehen in einer Spannung zwischen den Erfahrungen, daß man am Nationalen nicht vorübergehen kann, und dem Gefühl, daß wir uns trotzdem zusammenfinden müssen.

Der Schriftsteller *Jörgen Bukdal* (der auf deutscher Seite wahrscheinlich oft als Nationalist verstanden worden ist, was übrigens ein grobes Mißverständnis wäre) fand einmal als Ausdruck der Aufgabe unserer Zeit folgende Worte: „*Wir müssen uns gegenseitig wollen, ohne uns selber aufzugeben.*“ Und er hat das Bild gebraucht von der Brücke der Zusammenarbeit, die auf den nationalen Pfeilern ruht. Unermüdlich hat er die nationale Sache vertreten, aber das Nationale ist ihm kein Ziel in sich selber. Die Pfeiler dürfen niemals zu Kampfbastionen werden, sagt er, aber das Nationale ist eine Lebensbedingung für die Menschlichkeit. Auf dieselbe Weise erklären junge Südschleswiger die alte schleswigsche Losung „Front og Bro“. Man muß Front sein, um Brücken bauen zu können, also wieder eine Unterstreichung des Nationalen.

Es ist erfreulich, daß man auch auf deutscher Seite Verständnis für diese Auffassung hat. Ich denke z. B. an den Aufsatz von Professor *Theodor Wilhelm* im Grenzfriedensheft 1954 „Partnerschaft um jeden Preis?“, der sowohl die Verständigungspolitik der zwanziger Jahre als die Einheitsbestrebungen unserer Zeit angreift, die ein europäisches Nationalbewußtsein als Ziel sieht, und braucht u. a. folgende Worte: „Nicht indem wir das Nationale ignorieren oder verdächtigen, kommen wir Europa näher, sondern indem wir die Kraft des Nationalen richtig steuern.“

Es scheint mir selbstverständlich, daß die großpolitische Zeitenwende (Tidevherv), die wir durchleben, irgendwie Bedeutung bekommen muß für die Entwicklung in unserem Grenzlande. Diese Auffassung ist von deutscher Seite oft hervorgehoben worden, aber auch von dänischer. Im August 1956 schrieb Flensburg Avis in einem Leitartikel: „Wenn man heute die Lebens- und Auswirkungsmöglichkeiten der dänischen Südschleswiger erörtert, wäre es gedankenlos und oberflächlich, wollte man an den veränderten großpolitischen Verhältnissen in Europa vorübersehen, die eine vollkommen neue Situation zwischen Dänemark und Westdeutschland geschaffen haben und damit auch für das Dänentum in Südschleswig.“

Welches sind nun die Konsequenzen aus dieser „ganz neuen Situation?“, die Redakteur L. P. Christensen feststellt?

Der Vorsitzende des dänischen Grenzvereins, Präsident *Holger Andersen*, gebürtiger Schleswiger, der ein ganzes Leben lang sich mit außenpolitischen

Verhältnissen beschäftigt hat, zitierte einmal in einer öffentlichen Verlautbarung die eben angeführten Worte L. P. Christensens und setzte dann fort: „Das ist ja sehr richtig gesagt. Das wird auch bedeuten müssen, daß man in dem dänisch-deutschen wie in anderen Grenzproblemen sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen muß. Eines muß vor allen Dingen möglich sein, daß die Nationen ohne Rücksicht auf alte Vorurteile oder neuere Begebenheiten sich an einen Tisch setzen können, um friedlich und redlich zu erörtern, was zwischen ihnen liegt.“

Holger Andersen weist mit anderen Worten hin auf die *dänisch-deutschen Begegnungen*, die ja nun bald eine alte Erscheinung geworden sind, aber von vielen Seiten mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden. Für mich ist das nur der natürliche Ausdruck für die neue Situation, um hier nun das Wort von Flensburg Avis zu gebrauchen und nicht das famose Wort von der „neuen Phase“. Eine andere Frage ist die, ob die Zusammenkünfte nicht ausgeweitet werden könnten, etwa in der Richtung, daß die verschiedenen Fachgruppen sich treffen. Es müßte weiter zu einer festen Regel werden, daß bei dänischen und deutschen Grenzlandversammlungen deutsche und dänische Redner zu Wort kommen, um zu ihren jeweiligen Minderheitenproblemen zu sprechen. Das würde zweifelsohne ein Weg sein, um weiterzukommen in der Steuerung der nationalen Kraft, von der Professor Wilhelm spricht.

Kleine Probleme werden leicht zu großen, wenn jeder in seinem Schützengraben bleibt und die Verhältnisse nur von Funktionären geschildert werden, die der Wirkung wegen die Probleme gerne schwarz auf weiß malen, ohne Nuancen.

Aber als erstes und letztes gilt natürlich, daß wir im Grenzland gegenseitig das Recht anerkennen, dazusein, und nicht, wie es viele Jahre hindurch auf deutscher Seite üblich war, von echten und unechten Dänen reden.

Es würde nicht in der Ordnung sein, wenn ich in diesem Zusammenhang nicht auch etwas über das Selbstbestimmungsrecht sagen würde. Gerade unter Hinweis auf das neue Europa hat man bekanntlich von deutscher Seite oftmals hervorgehoben, daß es in „europäischem Geiste“ liegen würde, auf das Selbstbestimmungsrecht zu verzichten, „denn“, sagte der Landtagsabgeordnete *Ludwig Clausen* vor nicht langer Zeit, „die Lage Europas ist heute so, daß es viel wichtiger ist, Brücken zu bauen zwischen verwandten Völkern.“

In einer Rede anlässlich einer Generalversammlung des dänischen Grenzvereins sprach sich *Holger Andersen* über die Frage des Selbstbestimmungsrechts und die europäischen Zusammenarbeitsgedanken aus.

In einer Rede anlässlich einer Generalversammlung des dänischen Grenzvereins wurde, hob Holger Andersen sehr stark hervor, „daß das völkerrechtliche und nationale Zusammenleben zwischen den Nationen Europas auf ganz anderen

Grundlagen beruhen müsse als bisher, wenn das, was von Europa übriggeblieben ist, überhaupt Aussicht haben soll, sich in Zukunft zu erhalten. Das 19. Jahrhundert war das des Nationalitätsgedankens und des Nationalitätenprinzips, aber die Perspektive, die sich jetzt abzeichnet, ist ganz anderer Art, sie ist supranational.“

Weiter sagt Holger Andersen: „Der möglicherweise kommende europäische Zusammenschluß wird auch zur Folge haben, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Bundesländern in wesentlichem Grade in Verbindung mit einer Begrenzung der Souveränität der Einzelstaaten ihren politischen Charakter verlieren. Das ist eine notwendige Voraussetzung für die Bildung einer größeren Gemeinschaft. Innerhalb dieser Gemeinschaft werden die Grenzen wohl nur verwaltungsmäßigen Charakter behalten, und das wird wieder zur Folge haben, daß die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts auf einem ganz neuen Hintergrund gesehen werden muß.“

Man wird unterstreichen müssen, daß Holger Andersen von einer *eventuellen Schaffung* eines europäischen Zusammenschlusses spricht. Es ist ein Zukunftsbild, das er entwirft, kein aktuelles Programm, so wahr wie wir heute noch von einem vereinigten Europa weit entfernt sind. Weiter muß der *politische Charakter* seiner Worte unterstrichen werden. Darin liegt, daß *das kulturelle Selbstbestimmungsrecht* für alle Dänen indiskutabel ist.

Im Grundsatz kann man das kulturelle Selbstbestimmungsrecht vom politischen nicht trennen. Es muß deswegen vollauf legitim sein, das kulturelle Selbstbestimmungsrecht zu fordern und das politische vor Augen zu haben.

Aber ebensowenig wie die europäische Zusammenarbeit heute sich so entwickelt hat, daß wir Veranlassung haben, das politische Selbstbestimmungsrecht zu begraben, fordert die Situation im Grenzlande oder im heutigen Europa, daß irgendwer dafür heute die große Trommel rühren soll.

Wichtiger als das politische Selbstbestimmungsrecht ist heute das kulturelle. Warum sollen wir die politische Seite der Sache nicht als Prinzip auf sich beruhen lassen und uns von beiden Seiten für die aktuelle Aufgabe einsetzen, d. h. für die Erhaltung und Weiterentwicklung des kulturellen Selbstbestimmungsrechts, und auf dieser Grundlage dahin wirken, daß die europäische Zusammenarbeit so umfassend wird, daß das politische Selbstbestimmungsrecht praktisch seine Bedeutung verliert, wie Holger Andersen es in seinen Betrachtungen voraussieht.

Es ist im Vorherigen von der Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit für das Grenzland die Rede gewesen. Das Thema läßt sich auch umkehren, denn das Grenzland ist nicht ohne Bedeutung für die Verwirklichung der verschiedenen Gedanken über die Möglichkeiten des Zusammenschlusses.

Schleswig kann ein Beispiel dafür sein, daß trotz nationaler Gegensätze eine

Zusammenarbeit möglich ist, wofür wir unter anderem bereits in den Verhandlungen der Flensburger Stadtvertretung ein Beispiel haben.

Das besondere schleswigsche Gefühl gibt dem deutsch-dänischen Grenzlande Möglichkeiten, der Welt einen Anschauungsunterricht zu geben, wie man praktische Brückenbauarbeit treibt und das Nationale nicht ignoriert, sondern beherrscht. In seiner schwächsten Form führt die schleswigsche Zweiströmigkeit zu einer unklaren Haltung, in seiner besten vereint es den abgeklärten nationalen Standpunkt mit der Toleranz, die die Grundlage aller Zusammenarbeit ist.

Wir wollen hoffen, daß das deutsch-dänische Grenzland zur Erfüllung dieser Aufgabe sich emporleben wird. Wir alle tragen da eine Verantwortung.

*Wiedergabe eines nur wenig veränderten Vortrages,  
gehalten am 31. März 1957 in der Deutschen Nachschule in Tingleff*

## An den Gräbern der Europa-Kaiser

### Ingelheim und der Stein in Farum

Es hat noch nie ein Herrschaftsgebiet Europa gegeben und auch nie einen Europakaiser. Trotzdem kommt man nicht von dem Gedanken los, daß verschiedene sich dazu berufen fühlten und auch heute noch mit ausklingender Ehrfurcht genannt werden.

Als wir vor einigen Jahren während einer Volkshochschulwoche in Dänemark die schöne neue Volksschule in Farum besuchten, zeigte uns der Schulleiter unter den von ihm und den Kindern zusammengetragenen Raritäten seiner Schulsammlung auch einen Stein aus der kaiserlichen Pfalz in Ingelheim. „Im Jahre 826“, so erzählte er — und wir wußten es —, „erschien der Dänenkönig Harald in Ingelheim, um sich den Beistand Kaiser Ludwigs gegen die Gutfredsöhne zu sichern. Er ließ sich mit seinem ganzen Gefolge taufen, und Ludwig gab ihm den frommen Ansgar mit, um ihn im Glauben zu stärken und das Christentum im Norden zu verbreiten. Damit wurde der Anschluß des Nordens an Europa eingeleitet. Dieser Stein soll uns bleibend daran erinnern.“

Von der Ingelheimer Pfalz, die einst als die prächtigste des ganzen Frankenreichs gerühmt wurde, sind heute kaum noch Reste vorhanden. Nur einige verstreute Säulen, in Mainz, Wiesbaden und Paris, zeugen von der verschwundenen Pracht. Wenn aber historienfreudige Dänen heute noch nach Ingelheim Wallfahrten, ist das ein Zeichen, daß die Namen der Frankenkaiser heute wie damals über ihres Reiches Grenzen hinausstrahlen.

### Aachen und Karl der Große

Aber Ludwig der Fromme hätte sich dieses Ansehens nicht erfreuen können, wenn nicht sein Vater, Karl, den man zu seinen Lebzeiten schon den Großen nannte, den Grund dazu gelegt hätte. Man muß nach Aachen fahren und nicht nach Ingelheim, wenn man den Ort sehen will, an dem das erste Europagefühl sich orientierte.

Zwar ist auch die Aachener Pfalz längst schon verschwunden, aber noch steht die achteckige Pfalzkapelle, die Karl kurz vor 800 erbauen ließ und die deutlich seine Absicht offenbart, Christliches und Antikes mit dem Norden zu vermählen. Von außen freilich ist sie meist verdeckt durch die Überbauten späterer Stile. Wer aber im Innern sich umschauf und auch in Ravenna war, erinnert sich an San Vitale und an das Grab Theoderichs, dessen Reiterstandbild Karl im Gefühl der Wahlverwandtschaft mit ihm

heraufgeholt und vor seiner Pfalz aufgestellt hatte.

Auf der Empore des Oktogons, gegenüber dem Hochaltar, steht heute noch der marmorne, mit Bronzeklammern zusammengehaltene Thronessel, den er bei feierlichen Gottesdiensten bestieg, um im Angesichte des gegenwärtigen Gottes seine von IHM verliehene kaiserliche Würde und aufgegebene Pflicht vor allem Volk zu bekunden.

Zweiunddreißig deutsche Kaiser und Könige haben nach ihrer Krönung als erste Symbolhandlung diesen Thron bestiegen. Sieben Stufen führen zu ihm hinauf, wie einst zu dem des Königs Salomo.

„Es ist das schaudererregendste, inhaltsvollste Nationaldenkmal der Deutschen“, hat einer in starker Würdigung des großen Kaisers geschrieben. Aber auch Franzosen, Dänen, Engländer und Italiener stehen ehrfurchtsvoll an dieser Stätte, die den Anfang einer Entwicklung sah, die heute auf Vollendung drängt. Als vor etwa dreißig Jahren ein Japaner sich durch den Domkürster von der großen Tradition des Thrones erzählen ließ, verneigte er sich tief vor dem Andenken des toten Kaisers und verharnte lange in stummer Anbetung.

Wenn wir aus dem Norden heraufkommen, bewegen uns noch andere Gedanken. Uns blieb in Erinnerung, daß im Jahre 811 zwischen zwölf fränkischen und zwölf dänischen Adelsmännern jener Vertrag geschlossen wurde, der den Norden abgrenzen sollte gegenüber dem Frankenreich, und daß eine Gruppe dieser Dänen nach Aachen zog, um Karl des Königs Hemming Gruß und Gaben darzubringen.

Wir können uns jenen Vertrag kaum anders denken als einen Friedensschluß zwischen den Streitenden im Grenzraum südlich und nördlich der Eider, und die Entwicklung zeigte bald, daß ihm größere Bedeutung nicht beizumessen war. Die Botschaft König Hemmings aber an Karl darf als eine zeitentsprechende Verneigung vor der Person des Frankenkönigs gedeutet werden, der wenige Jahre vorher in Rom zum Kaiser gekrönt worden war. Es war keine Unterwerfung, sondern eine freiwillige Ehrung, ein Ansatz zum werdenden Europa.

Und so muß man sich das Europakaisertum jener Jahrhunderte denken, beruhend im wesentlichen auf Ansehen und Achtung, fundiert in dem unangetasteten Sondertum der Stämme und Volkstümer, zur Idee erhoben durch das Bündnis mit der Kirche und gesichert durch ein Staatssystem, das den gegebenen Verhältnissen gerecht wurde.

So gelang es Karl, gelehrte Männer aus dem ganzen Abendland an seinen Hof zu ziehen und Aachen zum Zentrum einer neuen Kultur zu machen. So eilten auch die Helden aus allen Landen in seinen Dienst, unter ihnen, wenn wir der Sage glauben dürfen, aus Dänemark auch Holger Danske, der heute in den Gewölben von Kronborg seiner Auferstehung harret.

Karls Name war in aller Munde. Im Norden bürgerte sich nach ihm der Name Magnus ein, und im Osten wurde Karl zu Kral.

Alles das liest man, bevor man nach Aachen fährt. Dort aber suchen wir sein Grab — und finden es nicht. Wohl zeigt man uns einen Steinsarg, den er aus Italien herübergewandelt haben soll; aber niemand weiß, ob er darin gelegen hat. Nach Einhard's Bericht ist er am 28. Januar 814 an einer Rippenfellentzündung gestorben und an demselben Tage in der Pfalzkapelle bestattet worden. Die Gruft deckte man mit einer Platte zu und schrieb darauf: „Unter diesem Grabmal ruht der Leib Karls, des großen und rechtgläubigen Kaisers, der das Reich der Franken rühmlich erweitert und siebenundvierzig Jahre glücklich beherrscht hat. Er starb als Siebzjähriger im Jahre des Herrn 814.“

Die Legende aber hatte sich schon zu Lebzeiten seiner bemächtigt, und die Annalen des Klosters Lorsch erzählen bereits in seinem Todesjahr, daß er, auf goldenem Throne sitzend, umgürtet mit goldenem Schwert, das goldene Evangelium in Händen, neben sich das goldene Zepter und den goldenen Speer, mit umgehängter goldener Pilgertasche, im Grabgewölbe bestattet wurde. „Und niemand kann berichten, wie groß das Klagen und Trauern um ihn war auf der ganzen Erde, denn auch bei den Heiden wurde er betrauert.“

Der Lorsch'schen Legende scheint man lieber geglaubt zu haben als dem Bericht Einhard's. Nicht nur hat Moritz von Schwind ein Bild danach gemalt, auch in sonst ernstzunehmenden Büchern kann man noch heute lesen, daß Otto III. im Jahre 1000 Karl so gefunden hat, wie die Lorsch'schen erzählten.

Wahrscheinlich hat aber Otto weder das Grab gefunden noch irgend etwas, was man als Gebeine Karls identifizieren konnte. Denn im Jahre 881 ist es von den Normannen mit der Pfalz und dem Denkmal Theoderich's geplündert und zerstört worden.

Barbarossa hat es 1165 noch einmal gesucht und was er an Resten fand, die man Karl zuschreiben konnte, in einem Holzsarg gesammelt, den sein Enkel, Friedrich II., 1215 durch den „Goldenen Karlsschrein“, der sich heute über dem Hochaltar befindet, ersetzen ließ.

Man behauptet, daß Stücke vom Schädel, von Elle und Speiche noch vorhanden sind. Karl IV. und Ludwig XL von Frankreich haben die Silberbehälter gestiftet, in denen diese Reliquien heute aufbewahrt werden.

Das ist alles, was von diesem einzigen und wirklichen Europakaiser geblieben ist. Die Pfalzkapelle aber zeugt davon, daß er noch heute in Aachen lebt. Sein Denkmal aber steht vor Notre Dame in Paris. Er gehört den Franzosen sowohl wie den Deutschen. In jüngeren Jahren hat er den Wunsch geäußert, in St. Denis neben seinen Vorfahren zu liegen. Nur der Umstand, daß er in Aachen die Heilquellen fand, die ihm Linderung gaben gegen die Schmerzen seiner Gicht, ließ diese Stadt zu

seiner Residenz und zur Hauptstadt Europas werden, und nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß man ihn hier bestattete.

### Die Nachfolger

Keiner der karolingischen Nachfolger hat sich Aachen irgendwie verbunden gezeigt. Ludwig der Fromme, dessen Lieblingspfalz das schon erwähnte Ingelheim war, starb auf einer vor dieser Pfalz gelegenen Insel im Rhein. Sein Bruder Drogo sorgte dafür, daß er in Metz neben seiner Gemahlin beigesetzt wurde. Das Grab ist 1552 zerstört worden. Die anderen haben sich bestatten lassen, wo das Schicksal sie gerade hintrug: in Prüm, in Paris, in Lorsch, Reichenau oder Regensburg. Keiner von ihnen hat europäisches Ansehen erreicht, auch Heinrich der Vogler nicht, der erste aus dem sächsischen Hause. Er hat sich einen Namen gemacht als der eigentliche Begründer der deutschen Einheit. Aber er fühlte sich auch als König unter den Stammesherzögen nur als der erste unter Gleichen und ließ sich weder salben noch krönen. Ob er je in Aachen gewesen ist, wird uns nicht berichtet. Erst durch die feierliche Krönung seines Sohnes Otto im Jahre 936, der Ranke „europäische Bedeutung“ beimißt, rückt die Stadt wieder in den Blickpunkt der Geschichte

### Die Ottonen

Seit 870 standen Deutschland und Frankreich als Nachfolgestaaten des karolingischen Reiches rivalisierend nebeneinander. Bald war die Kaiserkrone dem Herrscher des einen, bald dem des anderen zugefallen. Nach der Verzichtleistung Heinrichs schien sie endgültig dem Westen zu gehören. Man hat den Eindruck, daß es vor allen Dingen die rheinischen Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln gewesen sind, die dieser Entwicklung Vorbeugen wollten und Otto veranlaßten, sich nicht nur krönen zu lassen, sondern die Krönung zu einem hochzeremoniellen Akt zu machen, und zwar in Aachen. Der Nimbus des großen Karl sollte die deutsche Krone umstrahlen, die höchsten Würdenträger des Reiches sollten bei der feierlichen Handlung assistieren, um dem deutschen König einen Rang zu geben, der den des Westens weit unter sich ließ. Tatsächlich gab es fortan keinen anderen Anwärter auf die römische Kaiserkrone, als den König der Deutschen. Wer je später von außen den Weg nach Rom zu gehen versuchte, tat es auf dem Umweg über Deutschland. Aber noch ein Zweites sollte mit dieser Krönung erreicht werden. Vor wenigen Jahren erst war das Herzogtum Lothringen, das von den Alpen bis an die Nordsee reichte, mit Deutschland vereinigt worden (925). Der Westen aber wollte es noch nicht aufgeben. Durch die Erhebung Aachens, das im lothringischen Gebiet lag, zur Krönungsstadt sollte der Anschluß nachdrücklich unterstrichen und unwiderrufflich werden. Wir wissen kein Gesetz, das den Nachfolgern vorschrieb, dem Beispiel Ottos

zu folgen — das kam erst durch die Goldene Bulle 1356. Tatsächlich aber haben alle deutschen Könige von 936 an bis 1562 den Weg nach Aachen gemacht und sich hier krönen lassen: zweiunddreißig an der Zahl. Aber nur einer von diesen zweiunddreißig hat auch den Wunsch gehabt, sich neben Karl dem Großen beisetzen zu lassen. Das war Otto III., der Enkel Ottos.

Otto I. starb wie sein Vater auf der Pfalz Memleben am Harz. Aber er wollte nicht in Quedlinburg neben seinem Vater ruhen, sondern in Magdeburg, dem Ausgangspunkt seiner Ostpolitik. Dort steht sein Grabmal noch im Chor des Domes.

Otto II. starb 28jährig in Rom an der Malaria. Sein Sarg aus rotem Marmor befindet sich noch heute in der Krypta der St. Peterskirche. Unvermutet stand ich davor und las: „Otto secundus Imperator Augustus.“

Auch Otto III. starb in Rom, 22 Jahre alt nur. Unter ständigen Gefechten brachten seine Getreuen ihn durch das aufrührerische Italien nach Deutschland und setzten ihn im Dome Karls des Großen in Aachen bei.

Er ist der erste gewesen, der aus Karls Kaisertum sich Gedanken über ein geordnetes Europa gemacht hat. Es scheint, daß nach seinem Plan gleichgeordnete Staaten nebeneinander bestehen sollten, denen er nur das ideelle Oberhaupt sein wollte. Aachen aber sollte ein zweites Rom werden. So hat man wohl einen starken Eindruck von ihm gehabt und viel von ihm erwartet. Er wird das Wunder der Welt genannt (mirabilia mundi). Sein kurzes Leben ließ ihm aber nur Zeit für Andeutungen. Schon mit 20 Jahren legte er fest, daß er vor dem Marienaltar „in der Nähe Karls des Großen“ bestattet werden wollte, wie es denn geschehen ist. Später ist er mehrfach umgebettet worden. Wo seine Gebeine sich heute befinden, weiß man nicht.

## Speier

Die meisten anderen nachkarolingischen Kaiser scheinen die Neigung oder den Ehrgeiz gehabt zu haben, zu Lebzeiten ein Gotteshaus zu bauen, das würdig war, ihnen und ihrem Geschlecht als letzte Ruhstatt zu dienen.

Heinrich II., der Nachfolger Ottos (1102—1124), schuf den herrlichen Dom zu Bamberg, wurde wohl deshalb mit seiner Gemahlin heiliggesprochen und ruht heute noch vor dem Chor unter dem Jahrhunderte später von Tilman Riemschneider gefertigten Sarkophag.

Die eindrucksvollste Beisetzungstätte der deutschen Kaiser aber findet sich in Speier, wo Konrad II. (1025—1039) den Dom zu bauen begann, der ihm und seinem Geschlecht zum bleibenden Denkmal geworden ist.

Der Speierer Dom war seinerzeit das größte Gotteshaus der Christenheit und heute noch der größte romanische Kirchenbau der Welt. Neben Konrad ruhen hier Heinrich III., Heinrich IV. und Heinrich V., fast alle mit ihren Frauen. Nach dem Willen des

letzteren wurde das Gewölbe dann geschlossen und zu einem Block vermauert, in den man sechs Marmorplatten einließ mit den Namen derer, die darunter ruhen, zu Häupten ein lateinischer Spruch ungefähr des Inhalts: Hier ruhen Sohn, Vater, Großvater und Urgroßvater nebeneinander.

## Die Staufer

Aber die Salier blieben in dem Dom nicht allein. Die Staufer folgten. Sie hatten ihre Familiengruft in der schlichten Benediktinerabtei Lorsch, und der erste Staufenkaiser, Konrad III. (1138—1156), hatte bescheiden dort bei seinen gräflichen Vorfahren seine letzte Ruhestätte zu finden gedacht. Aber er starb in Bamberg, und das Domkapitel behielt ihn dort. Heute steht sein Sarg vereinsamt in einer Ecke des riesigen Kellerraums unter dem Dom.

Sein Neffe und Nachfolger, Friedrich Barbarossa, war anderen Sinnes. Ihm sollte das Kaisertum kein leerer Name sein, sondern Macht und Ordnung: er oberster Lehnsherr und die anderen Könige und Fürsten seine Lehnmänner. Er wollte Karls des Großen Stellung in der Welt gefestigter wiedergewinnen. Sein Reich sollte eine Erneuerung des alten Römischen Reiches werden, geheiligt durch den Auftrag, den die Kirche ihm gegeben hatte. So schuf er die Formel vom „Sacrum Imperium Romanum“. Eine Weile mag er daran gedacht haben, Aachen wieder zur kaiserlichen Residenz und Bestattungsstätte zu machen. Im Jahre 1165 ließ er noch einmal das Grab Karls suchen und ihn durch seinen Kanzler Rainald von Dassel heiligsprechen. Seine Bemühungen um europäisches Ansehen scheinen besonders im Norden Erfolg gehabt zu haben. Im Streit der Dänenkönige Knut, Sven und Waldemar wurde Barbarossa der Schlichter. Vergeblich versucht er durch Übertragung des deutschen Lehnssystems auf Dänemark die Angelegenheit zu ordnen. Waldemar weiß die beiden anderen auszuschalten und wird Alleinherrscher. Trotzdem aber fühlt er sich als des Kaisers Lehnsman und erweist ihm durch den Besuch des Reichstages in Burgund die gebührende Ehre, wie andere Dänenkönige vor und nach ihm auch. Die Mönche vom Ryekloster, die gewiß keine Deutschenfreunde waren, schreiben in ihren Annalen immer respektvoll vom „Kaiser“ als dem ihrigen.

Die Hauptinteressen der Kaiser jener Zeit lagen aber in Italien, und so mag es gekommen sein, daß Barbarossa Aachen später aus dem Auge verlor und bald den Dom der Salier als denjenigen ansah, der des Reiches Macht am eindrucksvollsten repräsentieren konnte. Er bestimmte, daß er weder in Lorsch bei seinen Vätern noch in Aachen bei Karl und Otto ruhen wolle, sondern in Speier vor dem Sarge Konrads II. Seine Tochter Agnes hatte er dort schon im Jahre 1182 und seine Gemahlin Beatrix zwei Jahre später zur Rechten beisetzen lassen. Ihn aber ereilte der Tod im Kalykadnus in Kleinasien, und er hat die Heimat nicht wiedergesehen. Seine Gebeine

wurden zunächst nach Tyrus gebracht und sollen schließlich vor Akkon verscharrt worden sein. Der Platz in Speier blieb drei Generationen hindurch leer. Im Jahre 1291 hat Rudolf von Habsburg sich dort bestatten lassen. Vorher war Philipp von Schwaben schon zur Linken beigesetzt worden, und nachher fanden Adolf von Nassau und Albrecht von Österreich dort auch ihre Stätte.

Barbarossas Absicht, hier eine Gruft für alle Nachfolger zu schaffen, ging nicht in Erfüllung. Sohn und Enkel verhafteten sich mit Sizilien und liegen in Palermo. Der Letzte seines Geschlechts, Konradin, wurde auf dem Marktplatz in Neapel enthauptet und fand unter dem Marmorboden der kleinen Kirche „Maria del Carmine“ sein Grab. Ludwig II. von Bayern, einer seiner Nachfahren, hat diesem unglücklichsten der deutschen Kaiser dort ein Denkmal errichtet.

### Die anderen

Nach dem Untergang der Staufer scheint den Kaisern der Glaube an ihre europäische Berufung gewichen zu sein. Nur Heinrich VII. noch, der vor Siena starb und in Pisa seine letzte Ruhestätte fand, scheint den Idealismus für eine über die Nation und das eigene Interesse hinausgehende Aufgabe aufgebracht zu haben.

Obwohl er nicht zu denen gehört, die europäische Bedeutung erlangten, sei an dieser Stelle seiner noch besonders gedacht, weil er um Speiers Zukunft sich besondere Gedanken gemacht zu haben scheint.

Seine beiden Vorgänger, Adolf von Nassau und Albrecht von Österreich, lagen in bitterem Streit miteinander. Albrecht fühlte sich als Sohn Rudolfs von Habsburg für den Thron berufen, aber man wählte Adolf. 1298 kommt es zwischen beiden zu offenem Kampf, und in der Schlacht bei Göllheim am Donnersberg wird Adolf von Albrecht mit eigener Hand erschlagen.

Die Witwe Adolfs pflanzte an der Stelle, wo ihr Mann gefallen war, eine Ulme und baute daneben eine kleine Feldkapelle. Der Stumpf des Baumes steht noch heute, daneben auch die Kapelle. Ihn selber wollte sie in Speier bestatten lassen, aber Albrecht verwehrt es ihr, und er kam ins benachbarte Kloster Rosenfeld.

Albrecht wurde zehn Jahre später von seinem Neffen, Johann Parrizida, dem wir in Schillers Teil wieder begegnen, bei Brugg an der Aare ermordet. Am Ort der Untat ließ die Witwe das Frauenkloster Königsfelden erbauen, den Hochaltar der Kirche an der Mordstelle. Hier wurde Albrecht, nachdem er vorher in der Abtei Wettingen untergebracht worden war, bestattet.

Eine der ersten Regierungshandlungen Heinrichs VII. war die friedliche Zusammenführung der beiden über den Tod hinaus verfeindeten Vorgänger in Speyer. In feierlichem Zuge wurde der eine zu Schiff den Rhein aufwärts, der andere abwärts gefahren und beide nebeneinander in der Kaisergruft beigesetzt. Heinrich

selber half die Bahren tragen, und vier Königinnen folgten.

Durch geschickte Gruppierung hatte er vorsorglich sich selber einen Platz freizuhalten gewußt, den er aber nie besetzen sollte. Bei der Neuordnung der Gruft wurde er Philipp von Schwaben eingeräumt.

So ruhen hier zwei Kaiser, die erfolgreich den Weg zur Ordnung Europas beschritten, zwei, die wieder aus ihm herausgerissen wurden, einer, der bewußt auf Europa verzichtete, zwei Ermordete und ein Erschlagener und zwei, die um Europa ihr Land verließen, ihren Ruheplatz hier bestellt hatten, aber nicht wieder heimkehrten.

Die Kaisergruft in Speyer ist heute die eindrucksvollste Gedenkstätte Europas. Wer einmal dort weilte, wird sie nicht vergessen.

Die Gräber der folgenden Kaisergeschlechter weisen auf Machtbildungszentren und Hausmachtsbestrebungen hin. So finden wir die Luxemburger und die folgenden Habsburger im St. Veitsdom in Prag, in Wiener Neustadt, im Escorial und von 1619 an alle in der Kapuzinergruft in Wien. Der Name des „Heiligen Römischen Reiches“ ist nach Barbarossa wohl geblieben, aber die Idee verengte sich seit den Burgunderkriegen auf die „deutsche Nation“. Das Aachen Karls des Großen trat mehr und mehr in den Hintergrund. Ferdinand I. war der letzte, der sich dort krönen ließ. Die späteren blieben in Frankfurt. Den Thron des großen Karl hat nachdem keiner wieder bestiegen.

Der Kaisertitel aber behielt trotzdem sein Ansehen in Europa. Es gab nur den einen Kaiser. Im Jahre 1804 aber ließ Napoleon sich vom Papst salben und krönte sich selbst zum Kaiser der Franzosen. Es war ein natürlicher Schluß, daß daraufhin Kaiser Franz sich Kaiser von Österreich nannte und 1806 die entwertete Krone des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ niederlegte.

Das schwache Licht, daß durch ein Jahrtausend die Völker Europas zum Sammeln mahnte, war erloschen. Eindringlicher als je aber spüren wir heute, daß der Europaidee mehr zugrunde liegt als eine Kaiserkrone. Karls Gedanke der Vereinigung des Christentums mit der Antike und dem Geist der europäischen Volkstümer ist im Laufe dieser Zeit Wirklichkeit geworden. Aber er ringt noch immer um die ihm gemäße Ordnung in dieser Welt.

Die Gräber der Europakaiser geben uns keine Wegweisung für das, was heute zu tun ist. Sie liegen zerstreut zwischen dem Harz und der Insel Sizilien, zwischen Magdeburg und Madrid. Dem Besucher sprechen sie von hoffnungsvollen Ansätzen, von überspannten Anstrengungen und schwächlichem oder schmerzvollem Verzicht und dennoch von erwartungsvoller Hoffnung, die auch der Ingelheimer Stein in der Schule zu Farum uns andeuten mag.

## Vom Minderheitenrecht zum Volkstumrecht

Der Weg zum Nationalitätenkongreß

Nach der Liquidation des ersten Weltkrieges in den Pariser Vorortverträgen trat Europa mit neuen Grenzen in die Nachkriegszeit ein. Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes wurde das Elend der Minderheiten unter der neuen machtpolitischen Kräfteverteilung anders gelagert, aber nicht geringer. Viele Millionen europäischer Menschen erwachten über Nacht als Bürger eines neuen Staates, der ihnen volksfremd war.

Der Kampf um die Minderheitenrechte entbrannte überall wieder, vor allem aber in der Völkermischzone Ostmitteleuropas. Die Minderheiten versuchten gleich nach dem Ausgang des Weltkrieges zur Lösung des europäischen Nationalitätenproblems beizutragen, indem sie das sich bietende rechtliche Rüstzeug nutzten und ein neues und besseres Volkstumsrecht schaffen wollten.

35 bis 40 Millionen (ungerechnet die Minderheiten in Sowjetrußland) gehörten zu Staaten anderen Volkstums in Europa, zu Staaten, die die Minderheiten als einen Schönheitsfehler

ihres Staates ansahen und einen Einvolkstaat erstrebten. Sie wollten ihr neues Staatswesen festigen, sie glaubten das am besten zu erreichen, wenn sie die andersnationalen Teile assimilierten. Dieses Ziel aber brachte schwere Benachteiligungen für die Minderheiten auf kulturellem, wirtschaftlichem, kirchlichem und politischem Gebiet. Es war ein Bürgerkrieg, der den fremden Volksteilen kaum die Möglichkeit einer Selbstbehauptung zu geben schien. Um der eigenen Selbstachtung willen aber mußte der Kampf um die Selbstbehauptung aufgenommen werden. Die Grundlagen für die rechtliche Auseinander Setzung fand man in den Minderheitenschutzverträgen, die vielen Staaten bei der Neuordnung auferlegt wurden. Diese Staaten hatten ein Aufsichtsrecht des Völkerbundes anerkannt.

Es galt das Bestreben der Minderheiten, um zunächst bei der gebräuchlichen Terminologie jener Zeit zu bleiben, der Verankerung der vorgesehenen Rechte

in den Grundgesetzen der neuen Staaten. Es gelang im großen und ganzen, die Verfassungen zufriedenstellend mit einem positiven innerstaatlichen Nationalitätenrecht auszustatten. Der Gleichberechtigung, auch der Sondersicherung der kulturellen, sprachlichen und schulischen Rechte blieb aber doch in den entscheidenden Fragen die Wirkung versagt.

In einer zweiten Phase suchte man darum die Rechte, die durch die Minderheitenschutzverträge gegeben waren, zu gebrauchen, indem man sich mit Petitionen an den Völkerbund wandte. Der rechtswissenschaftlichen Auslegung und der Ausschöpfung der praktischen Möglichkeiten der Schutzverträge nahm sich besonders *Carl Georg Bruns* an. Die unzulänglichen Verfahrensregeln beim Völkerbund hemmten die Arbeit. Der Völkerbund beschränkte sich auf die Behandlung von Petitionen und überwachte nicht die Einhaltung der Verträge. Von fünfhundert zugelassenen Petitionen (Oktober 1922 bis 1937) gelangten weniger als dreißig vor den Völkerbundsrat, und in keinem Falle wurde den Beschwerden in genügendem Maße Rechnung getragen. Auch war der steigende Unwille der beteiligten Staaten zur Mitarbeit am Minderheitenschutz ein Hindernis, damit aus der Gebundenheit an Heimat und Staat ein harmonisches Neben- und Miteinander der

Minderheiten und des Mehrheitsvolkes erreicht werden konnte. Der Unwille wurde auch dadurch gesteigert, daß auch Garantiemächte die Minderheiten im eigenen Lande unterdrückten. Der Minderheitenschutz des Völkerbundes war auch schon dadurch entwertet, daß er nur den Einzelmenschen sah und ohne Verständnis für Wesen und Wert der Gemeinschaft blieb. So konnte eine Heilung der Wunden nicht erreicht werden, höchstens gelegentlich ein Verdecken derselben.

Der dritte Abschnitt wurde durch die Gründung des Verbandes Deutscher Volksgruppen in Europa im Jahre 1923 eingeleitet. Schon in der Wahl des Namens drückte sich eine neue Auffassung aus. Es war das Bestreben, „von dem individualistischen und arithmetisch materialistischen Minderheitenrecht zu einem organisch einerseits in den Staat, andererseits in das Gesamtvolk eingebauten Volkstumsrecht zu gelangen“ (Werner Hasselblatt). Innerstaatlich wurde die Kulturautonomie gefordert; es wurden Gemeinschaftsrechte vertreten, denn von dem Individualrecht des einzelnen der Minderheitenschutzverträge konnte sich kein kulturelles Eigenleben einer Volksgruppe gestalten und rechtlich durchsetzen. Hier leistete Werner Hasselblatt in Estland eine hervorragende Arbeit.

Der andere Gesichtspunkt, der nun in den Vordergrund trat, war die Forderung, daß man neben der Einheit

der Staaten auch die Einheit der Völker sehen sollte, um von daher auf die Anerkennung der überstaatlichen Volkstumsbeziehungen zu drängen.

Schon war in einzelnen Staaten die Verletzung der Minderheitenrechte so stark geworden, daß sich die Angehörigen der Volksgruppen in vielen Staaten vor die Frage gestellt sahen, ihr Pariaschicksal zu tragen oder dem Staat ablehnend gegenüberzustehen. Aus der Selbstverteidigung entstand eine innerstaatliche Nationalitätenfront, die sich auf die starken Anregungen des Baltendeutschen Ammende 1925 zum Zusammenschluß aller europäischen Volksgruppen ausweitete.

Im Nationalitätenkongreß fanden sich die Vertreter von 27 Millionen Volksgruppenangehörigen zusammen. Es gehörten folgende Gruppen dazu: die *Deutschen* in Belgien, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Italien, Ungarn und Jugoslawien; die *Weißrussen* in Polen; die *Bulgaren* in Rumänien und Jugoslawien; die *Katalenen*, *Galicen* und *Basken* in Spanien; die *Magyaren* in Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien; die *Russen* in Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien; die *Slowenen* und *Kroaten* in Italien und Österreich; die *Schweden* in Estland; die *Tschechen* in Österreich; die *Griechen* in Italien; die *Ukrainer* in Polen und Rumänien.

Die Polen und Dänen in Deutschland traten bald wieder aus. Der Konflikt entzündete sich vor allem an der Friesenfrage. Es ist aber im Rahmen dieses Aufsatzes nicht der Raum vorhanden, um genauer darauf einzugehen.

Es war also eine Vielzahl von Nationen zu vereinigen. Daß man bei den widerstreitenden Interessen auf die Dauer die meisten Volksgruppen um den Nationalitätenkongreß zu sammeln vermochte, war nur möglich, weil man sich von Anfang an klare Ziele gesteckt hatte und diese auf solche beschränkte, die allen nationalen Gruppen in Europa gemeinsam waren. Auf die Einhaltung dieser Grundsätze wurde streng geachtet. Hier die wichtigsten:

1. Der Kongreß befaßt sich ausschließlich mit dem Nationalitätenproblem und nicht mit Angelegenheiten religiöser, politischer und anderer Minderheiten. Er beschränkt sich auf die nationalen Minderheiten in Europa.
2. Die Frage von Grenzveränderungen steht im Kongreß nicht zur Debatte, der Kongreß befaßt sich nur mit der Frage, wie das Nationalitätenproblem innerhalb der Staaten auf friedlichem Wege geregelt werden kann und soll.
3. Zu den Kongressen werden nur solche Minderheiten zugelassen, welche eine klar umrissene, ohne

Zweifel von jedem anderen Volkstum sich klar und deutlich unterscheidende Individualität sind und von Delegierten vertreten werden, welche aus dem betreffenden Land selbst kommen. (Die Delegierten trugen so nicht nur ihren Gruppen gegenüber die volle Verantwortung, sondern auch ihren Staaten gegenüber. Dadurch war eine Gewähr für die Besonnenheit und den Ernst der Arbeit des Kongresses gegeben, wenn auch dadurch den widerwilligen Staaten durch Paßverweigerung und Verfolgung die Möglichkeit gegeben war, eine Teilnahme an den Kongressen zu verhindern.)

4. Der Kongreß erhebt keine Anklagen gegen einzelne Staaten, die namentlich genannt werden. Solche Anklagen können nicht zum Gegenstand seiner Verhandlungen und Entschließungen gemacht werden.

Der Kongreß sah danach seine Aufgabe darin, in gemeinsamer Arbeit der in ihm vereinigten Volksgruppen eine friedliche Lösung des Nationalitätenproblems in Europa zu ermöglichen.

Er ging davon aus, daß jedes Volkstum ein natürliches Recht besitzt, seine nationale Existenz in allen seinen Teilen zu wahren. Deshalb lehnte er die nationale Assimilierung ab, aber auch den Druck, der darauf gerichtet war, die nationalen Minderheiten aus der angestammten Heimat zu verdrängen

oder sie ihrem Volkstum zu entfremden. Er war der Überzeugung, daß alle Völker und Volksteile, mögen sie einer nationalen Mehrheit oder Minderheit angehören, unlöslich mit ihrem Heimatboden verbunden sind und das gleiche Recht auf eine gesicherte Existenz in ihrer Heimat haben, welche auch die Heimat ihrer Ahnen war.

Der Kongreß ging davon aus, daß die nationalkulturelle Entwicklungsfreiheit ein ethischer Grundsatz ist, der für die Beziehungen von Volk zu Volk und vom Volk zum Staat maßgeblich sein soll. Dieser Grundsatz sollte in Gesetzgebung und Verwaltung gewahrt werden und sowohl im innerstaatlichen als auch im zwischenstaatlichen Recht seinen Ausdruck finden.

Das Nationalitätenproblem stand ja nicht isoliert da, es spielte in die großen politischen Fragen hinein. Von der Lösung des Nationalitätenproblems hing vielfach auch die Art der Beziehungen zwischen den Staaten ab.

Unter der Leitung des Slowenen Dr. Wilfan wurde das Gemeinsame immer wieder herausgestellt, die Nöte glichen sich überall und waren so drängend, daß Versuche, den Nationalitätenkongreß zu propagandistischen Zwecken zu mißbrauchen, abgewehrt werden konnten. Es war ein Beispiel europäischer Zusammenarbeit, das für die Zukunft viel versprach, weil man rechtsschöpferisch Möglichkeiten eines friedlichen Miteinander und

Füreinanderlebens zu finden suchte. Die zeitlosen Nationalitätenfragen in Europa vertrugen keine Teillösung, man mußte das Übel mit der Wurzel ausrotten, indem man den Volksgruppen das unabdingbare Lebensrecht sicherte.

Wir haben inzwischen erlebt, daß Einvolkstaaten, die auf dem Wege der Vernichtung oder der Umsiedlung von Millionen geschaffen werden sollten, das Nationalitätenproblem auch nicht lösen können, so entsteht kein befriedetes Europa, das gemeinsame Aufgaben lösen soll. Das ist eine Erkenntnis aus der wertvollen Arbeit des Nationalitätenkongresses, dessen Geschichte hoffentlich bald einmal geschrieben wird, bevor alle hauptsächlichen Mitarbeiter dahingegangen sind, daß die europäische Nationalitätenfrage nur zu lösen ist, wenn sich die Liebe zum

eigenen Volk mit der Achtung vor dem fremden Volkstum paart und wenn man erkennt, daß es sich um eine gesamt-europäische Frage handele die alle angeht.

Die Zwischenkriegsgeschichte des Rechtskampfes der europäischen Volksgruppen war die Forderung nach einer Ranghöhe der Nationalitätenpolitik, die der gesamteuropäischen Entwicklung, dem geschehenen Unrecht, den Gefahren kriegerischer Entwicklung und dem hohen Wert des Volkstums angepaßt war.

Darum wirkt die Arbeit des Nationalitätenkongresses, der unter den Schlägen des zweiten Weltkrieges und der folgenden Zeit zerfiel, noch in die Gegenwart hinein, das Gefühl der Verantwortung für die Ganzheit unseres Erdteils war aufgerufen.

H. HANSEN

## Der 7. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Der 7. Kongreß der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ — FUEV — fand in der Zeit vom 6. bis 8. Juni in Westerland (Sylt) statt.

Graf Matuschka eröffnete als 1. Vize-Präsident in Vertretung des erkrankten Präsidenten Dr. Kolz, Leeuwarden, den Kongreß. Die Landesregierung von

Schleswig-Holstein war durch Herrn Regierungsdirektor Dr. Gaede vertreten, der die Grüße des Ministerpräsidenten überbrachte und die Kongreßteilnehmer in Schleswig-Holstein willkommen hieß. Herr Bürgermeister Reinefarth, Westerland, begrüßte die Kongreßteilnehmer als Gäste der Insel Sylt.

Im Anschluß an den vom Generalsekretär gegebenen Geschäftsbericht wurde der Versammlung ein Entwurf zu einer Resolution über die zukünftige Zusammenarbeit mit der im Europarat eingesetzten Unterkommission für Minderheitenfragen unterbreitet.

Ausgezeichnet war der Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Theodor Veiter aus Feldkirch über das Thema „Die Gefahr des Volkstodes durch Unterwanderung“. Es würde im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen, auch nur einige wenige Probleme aus dem Vortrag zu entwickeln.

Für die Arbeitstagung wurden, wie auf dem 6. Kongreß, drei Kommissionen gebildet, und zwar eine politische, eine mit Europarat-Fragen beauftragte und eine Organisations- und Finanzkommission. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden in Resolutionen festgehalten.

Die Organisations-Kommission klärte die Frage der Mitgliedschaft zur Union. Es gibt künftig drei Mitgliedsgruppen:

a) Ordentliche Mitglieder mit vollen Rechten,

b) Assoziierte Mitglieder — ohne Stimmrecht,

c) Fördernde Organisationen.

Die Resolution des politischen Ausschusses beschäftigte vor allem mit der Frage der Schaffung eines Europa, dessen Grundlage die europäischen Völker im ethnischen, nicht im staatlichen Sinne bilden.

Bei den Wahlen des Präsidiums erfolgten Wiederwahlen bis auf den 1. Präsidenten, der aus gesundheitlichen Gründen seinen Posten als Präsident niederlegte. Graf Matuschka als 1. Vize-Präsident wurde von der Versammlung gebeten, bis zum nächsten Kongreß als Präsident zu amtieren. Einstimmig zu Ehrenpräsidenten der FUEV wurden folgende Herren gewählt: Dr. W. Kolz, Leeuwarden, Dr. Karl Tinzi, Bozen, und Mr. R. E. Murhead, Glasgow.

\*

Es ist schwer, heute schon die Bedeutung der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ eindeutig zu beurteilen. Durch die nach dem 1. Weltkrieg völlig veränderte Lage der politischen Situation in Europa ist ein Vergleich mit dem zwischen den beiden Weltkriegen entstandenen „Minderheiten-Kongreß“ nicht möglich. Es wird abzuwarten sein, ob die FUEV einen so starken Einfluß auf die Staaten ausüben kann, daß den bestehenden echten nationalen Minderheiten in Zukunft wirklich Schutz und Erhaltung ihrer Eigenart garantiert ist. Die Forderung an die europäischen Staaten,

neben der *formellen* Gleichberechtigung die *substantielle* Gleichberechtigung der Volksgruppen auf allen Gebieten rechtlich zu sichern und auszuführen, könnte ein wertvoller Beitrag zur Sicherung des Friedens an den staatlichen Grenzen werden. Hier liegen die Möglichkeiten, durch eine klare Haltung der in der FUEV arbeitenden Volksgruppen einen Weg zu einem friedlichen und geeinigten Europa zu zeigen. Wenn aber dieses große Ziel nicht ständig im Auge behalten wird und wenn sogar einige Volksgruppen die Tagungen der FUEV nur dazu benutzen, ihre besonderen Verhältnisse

anklagend in den Mittelpunkt zu stellen, um daraus Vorteile für ihre Gruppe zu erreichen, dann kann die wertvolle Gesamtkonzeption schnell verändert werden. Es wird also für die FUEV in ihrer künftigen Arbeit nur ein Ziel geben dürfen, an dem Beispiel einer Schutzforderung für alle europäischen Volksgruppen einen Grundstein für ein neues Europa zu legen, jeden Versuch aber, durch historisch falsche Berichte das Mitleid der europäischen Welt auf sich zu lenken, zu verhindern. Wenn das gelingt, wird die FUEV ihren Beitrag in Europa leisten.

JES SCHMIDT

## Möglichkeiten und Schwächen des Volksgruppenkongresses

*Eine Rückschau auf die diesjährige Tagung*

Worin liegt der Wert des Volksgruppenkongresses, der vom 6. bis 8. Juni in Westerland stattfand? In den Verhandlungen, in den Entschlüssen oder in den Vorträgen? Zum Teil schon, denn es ist keineswegs einerlei, ob eine Zusammenarbeit der Volksgruppen und Minderheiten erfolgt, und es ist nur gut, wenn die Schwierigkeiten, mit denen die

einzelnen Gruppen zu ringen haben, in ganz Europa weiten Kreisen bekanntwerden.

Wie wenig die einzelne Volksgruppe von der anderen wirklich weiß, gehörte wohl mit zu den deutlichsten Eindrücken, die man in Westerland aufnahm. Im Grunde genommen sind die Kenntnisse voneinander mehr als oberflächlich, worin ohne weiteres die Gefahr

vorschneller Urteile und Auffassungen liegt. Wer von den nichtschleswigschen Kongreßteilnehmern vermag sich z. B. auch nach den stundenlangen Verhandlungen in Westerland ein einigermaßen klares Bild von den friesischen Fragen oder vom Leben der deutschen und dänischen Minderheit zu bilden? Vermutlich haben viele Kongreßteilnehmer nicht einmal zur Kenntnis genommen, daß die Nordfriesen sich zur Hauptsache als Deutsche betrachten, während die Dano-Friesen nach 1945 ein ausgesprochenes Anhängsel der dänischen Minderheit sind. Der Mainzer Professor Dr. Hilckmann — den man in gewisser Hinsicht als deutschen Professor Savory charakterisieren kann — brachte es sogar fertig, die Südtiroler mit den friesischen Problemen auf eine Stufe zu stellen.

Der Bochumer Pole Szczepaniak offenbarte seine Kenntnis der schleswigschen Fragen mit der Behauptung, Tausende von Angehörigen der dänischen Minderheit seien verfolgt und entrechtet worden. Daß die Enteignungen, Beschlagnahmungen und Einsperrungen in Nordschleswig und nicht in Südschleswig erfolgt sind, war ihm anscheinend völlig unbekannt. Ja sogar die Südtiroler hatten nur eine sehr vage Vorstellung von dem Weg, den die deutsche Volksgruppe in der Kriegs- und Nachkriegszeit hat beschreiten müssen.

\*

In dieser Feststellung liegt zugleich der Hinweis auf die Aufgabe, die die Union vielleicht erfüllen kann, nämlich: die Kenntnis von der *wirklichen* Lage der einzelnen Volksgruppen zu verbreiten. Dieser Aufgabe wird man allerdings nicht dadurch gerecht, daß man einseitige und tendenziöse Darstellungen der einzelnen Gruppen zuläßt. In Westerland verbreitete die dänische z. B. eine Darstellung, in der man folgendes lesen konnte:

„Das starke Anwachsen der dänischen Bewegung nach 1945 verschärfte das früher einigermaßen gute Verhältnis im Grenzgebiet und führte zu Gegenmaßnahmen von deutscher Seite. Beispiele anzuführen lohnt sich nicht. Die Methoden sind die gleichen überall, wo man versucht, eine Volksgruppe dazu zu zwingen, ihr Eigenleben aufzugeben.“

Selbstverständlich enthält die dänische Darstellung auch Ausdrücke wie „deutscher Druck“ usw. Was ein von gründlicher Sachkenntnis unbelasteter Kongreßteilnehmer daraus entnehmen muß, das ist klar: die bösen Deutschen verfolgen und bedrängen die arme dänische Minderheit. Er ist vielleicht durch den schneidigen Danebrog-Fahneneinmarsch im Kurhaus, den die dänische Minderheit am kulturellen Abend der beiden Minderheiten veranstalten ließ, etwas desorientiert worden.

Daß das Anwachsen der dänischen

Minderheit nichts anderes war als die Flucht eines großen Teils der deutschen Bevölkerung vor den Folgen der Katastrophe und daß die „Gegenmaßnahmen“ darin ausmündeten, daß den „neuen“ wie den „alten“ Dänen das uneingeschränkte nationale und kulturelle Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wurde, wird mit keinem Wort angedeutet.

Die Kongreßleitung sollte Darstellungen über die Verhältnisse einzelner Minderheiten erst nach sorgfältiger Prüfung weiterleiten.

\*

Fragt man danach, wieweit die Föderalistische Union ihre Aufgabe erfüllt, das objektive Wissen um die Lage der Volksgruppen zu verbreiten, so kann die Antwort nur lauten, daß man hier trotz der bisherigen sieben Kongresse noch in den allerersten Anfängen steckt. Vielleicht ist die geplante Herausgabe der Volksgruppenzeitschrift „Europa Ethnica“ der geeignete Weg, um weiterzukommen. In der ersten Ausgabe dieser in Wien erscheinenden Zeitschrift soll u. a. der hervorragende und den Kongreß weitgehend prägende Vortrag von *Dr. Theodor Veiter*, Feldkirch, über das Thema „Volkstod durch Unterwanderung“ veröffentlicht werden.

\*

Die eigentliche Problematik der Volksgruppen-Union ist aber, das wurde

jedem Teilnehmer in Westerland klar, auf anderem Gebiet zu suchen. Sie besteht vor allem in der uneinheitlichen Zusammensetzung der Mitglieder. Man findet hier wirkliche Volksgruppen — wie die Südtiroler und wie die Minderheiten im schleswigschen Grenzland —, aber auch sie sind in ihrer Zielsetzung oft grundverschieden. Die dänische Minderheit versteht z. B. unter dem Begriff Selbstbestimmungsrecht eine Grenzverschiebung als Endziel. Die Kärntner Slowenen verbinden aber mit dem Selbstbestimmungsrecht keine territorialen Wünsche. Wenn zwei dasselbe sagen, ist damit also nicht immer dasselbe gemeint.

Buntscheckiger wird das Bild noch durch die Anwesenheit von Volksgruppenvertretern, die im Exil leben, z. B. durch die albanischen Kossowaren, durch den Verein der Polen in Westdeutschland, durch die Schotten, Bretonen, Ukrainer usw.

Diese Vielfalt von Zielsetzungen, Auffassungen und Gruppen auf einen Nenner zu bringen, ist eine schier unlösbare Aufgabe. Daran kann auch die jetzige Union sicherlich einmal scheitern.

\*

In Westerland versuchte man durch eine Gruppeneinteilung der Mitglieder eine Klärung herbeizuführen. Danach gibt es zunächst „ordentliche Mitglieder“, d. h. Volksgruppen, deren Vertretung aus freien Wahlen innerhalb der Organisationen ihres Heimatgebietes

hervorgegangen ist, dann folgt die Gruppe der „assozierten Mitglieder“, die z. T. im Exil leben und keinen ständigen direkten Kontakt mit ihrer Heimat haben, schließlich gibt es den Begriff der „fördernden Mitglieder“. Der Zweck der letzteren ist vor allem ihren Jahresbeitrag an die Union zu zahlen. Zu ihnen gehört u. a. die eiderdänische Kampforganisation „Slesvig Liga“. Aber auch die Westerlander Richtlinien sind u. E. fragwürdig: Kann z. B. der „Bund der Polen“, der als ordentliches Mitglied aufgenommen worden ist, als Volksgruppe im eigentlichen Sinn des Wortes angesehen werden? Ebenso gut müßte beispielsweise der „Deutsche Club“ in Kopenhagen ordentliches Mitglied werden können, wenn auch natürlich die Größenverhältnisse in Betracht gezogen werden müssen. Unserer Auffassung nach hat die Union jedenfalls noch nicht die organisatorische Gliederung erreicht, die auf die Dauer eine Voraussetzung für eine wirklich fruchtbringende Arbeit ist.

Will man die Arbeit der einzelnen Ausschüsse, die im Rahmen des Kongresses gebildet wurden, beurteilen, so ist das Ergebnis auf den ersten Blick hin wenig ergiebig. Zwar standen wichtige Dinge auf der Tagesordnung, aber die Zeit war allzu kurz, um den Mitgliedern der Ausschüsse wirklich die Möglichkeit zu geben, sich gründlich mit der Materie zu befassen. Es konnte geschehen, wie es in Westerland der

Fall war, daß man aneinander vorbeiredete. Dennoch kamen in den Ausschüssen bedeutungsvolle Gesichtspunkte zum Tragen. Hier braucht nur an die Ausführungen des Südtiroler Abgeordneten *Dr. Toni Ebner* über die substantielle Gleichberechtigung der Minderheiten sowie über die Notwendigkeit eines europäischen Volksgruppenrechtes erinnert zu werden. In vieler Hinsicht ist die *formelle* Gleichberechtigung der Minderheiten *nicht* ausreichend, um ihre Existenz zu sichern. Das gilt nicht nur für Volksgruppen in räumlich umgrenzten und gesicherten Siedlungsgebieten das trifft auch für kleinere Volksgruppen zu. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Es genügt nicht, wenn das deutsche Schulwesen in Nordschleswig heute hinsichtlich der Baugenehmigungen formell mit den dänischen Schulen gleichberechtigt ist. Diese Gleichberechtigung bedeutet nämlich in der Praxis eine Einschnürung der Entfaltungsmöglichkeiten des deutschen Schulwesens, das 1945 am Nullpunkt anfangen mußte, während das dänische Schulwesen intakt war und sogar zusätzlich über frühere deutsche Schulräume verfügen konnte. Die Gleichberechtigung ist nur dann vorhanden, wenn das deutsche Schulwesen in Nordschleswig den Kindern deutscher Eltern dieselben räumlichen und anderen schulischen Bedingungen geben kann, wie sie in den dänischen Schulen zu finden sind. Dr.

Toni Ebner hat also in Westerland ein Problem angeschnitten, das nicht nur heute, sondern das auch morgen im Rahmen der engen europäischen Zusammenarbeit aktuell sein wird.

Bei aller Problematik der Minderheitenkongresse wird man zugeben müssen, daß es wichtig ist, wenn solche Probleme der allgemeinen Minderheitenpolitik auf die Tagesordnung gesetzt werden.

\*

In einer Hinsicht erfüllte der Kongreß die an ihn gestellten Erwartungen. Er bot die Gelegenheit zur Herstellung von persönlichen Kontakten und vielen klärenden Gesprächen. Darin liegt vielleicht überhaupt der entscheidende Wert der jährlich wiederkehrenden Kongresse. Sogar die Vertreter der deutschen und der dänischen Minderheit kamen in Kontakt miteinander. Zur Bildung des erstrebten Kontaktausschusses über die Grenze hinweg kam es zwar nicht, die Fühlungnahme begrenzte sich im Wesentlichen auf einige Bonmots und auf die beide Vertretungen gemeinsam drehende rotierende Tanzfläche des „Tivoli“. Aber immerhin gemeinsamer Sonderzug und gemeinsame Kongreßtanzfläche — wie es sich für einen ordentlichen Kongreß gehört, tanzte er natürlich auch — sind von Wert — auch wenn von gemeinsamen Zielen und Auffassungen durchaus noch nicht die Rede ist.

Jedenfalls konnten im Verlauf der

Kongreßtage wertvolle Verbindungen geknüpft und alte Kontakte erneuert werden. Das ist wohl das wertvollste Ergebnis der Tage auf Sylt, an denen man sich bei salzigem „Westerländer Heilwasser“ und anderen ortsüblichen Getränken über das Ausbleiben von Sonne und Sommer hinwegtröstete. Und der nächste Kongreß wird — falls Rom es erlaubt — in Bozen in Tirol abgehalten.

\*

*Was die Volksgruppen zum kulturellen Abend boten*

Am Donnerstag abend fand der mit Spannung erwartete Kulturabend statt, an dem die deutschen Nordschleswiger und die dänischen Südschleswiger Proben ihrer Volkstumsarbeit zeigten. Daß dieser Abend zustandekommen konnte, ist schon an sich bemerkenswert. Die beiden Volksgruppen zeigten hier zum ersten Male, daß sie im Zeichen der Integration Europas gewillt sind, das grenzpolitische Kriegsbeil zu begraben und sich in der sie beide vereinigenden Liebe zur schleswigischen Heimat die Hand zu reichen. Das Programm des Abends war wirklich interessant, weil es deutlich die Verschiedenheit der völkischen Kulturarbeit in beiden Lagern aufwies, ohne praktisch eine Konkurrenz zu bedeuten. Der „Vier-Städte-Chor“, der deutschen Volksgruppe in Dänemark brachte ein geistig und musikalisch präentiöses, in sich geschlossenes Programm, das den

ungeteilten Beifall des Publikums fand. So wie bei den deutschen Nordschleswigern also die Mentalität deutlich zum Ausdruck kam, so war das dänische Programm ebenso typisch getragen von der Einfachheit und anspruchslosigkeit, dem Hang zum Unkomplizierten, Unprätentiösen. Ein Mandolinenorchester, ein Quartett, eine Tanzgruppe und eine Gymnastikgruppe bestritten das Programm.

*Melf Ingwer Holm  
in Heft 2/57 der Kurzeitung der Insel Sylt*

## ***Die Resolutionen***

### **des 7. Volksgruppenkongresses**

Der 7. Kongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß es der Europarat durch die Einsetzung einer Unterkommission für Minderheitenfragen unter der Kommission für juristische und Verwaltungsfragen nunmehr ermöglicht hat, daß die Anliegen der europäischen Volksgruppen auf europäischer Ebene bearbeitet werden.

Der Beschluß, daß diese Unterkommission sich lediglich mit den Anliegen der nationalen Minderheiten beschäftigen soll, hat jedoch unter den Volksgruppen Besorgnis hervorgerufen, da sie der Auffassung sind, daß die besonderen Probleme der nationalen Minderheiten teilweise mit denen der rein ethnischen Volksgruppen identisch sind. Der Kongreß empfiehlt deswegen der Unterkommission, möglichst bald den Umfang ihres Auftrages in dem Sinne zu erwägen, daß der moralische Schutz des Europarates allen denjenigen Volksgruppen zugute kommt, die dafür ein begründetes Bedürfnis haben.

Der Kongreß weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in Europa mehrere Volksgruppen gibt, die zwar nicht nationale Minderheiten im traditionellen Sinne sind, die aber ethnisch, kulturell und sprachlich von der Mehrheit ihres Herbergstaates so verschieden sind, daß die nationale

Gesetzgebung dies schon teilweise berücksichtigt hat. Gruppen, die sich nicht mit der Bevölkerung eines Nachbarstaates geistig verbunden fühlen, haben alle Probleme, die denen der nationalen Minderheiten durchaus ähnlich sind.

Es ist die Auffassung des Kongresses, daß es vor allem dringlich ist, durch ein Studium der Schutzgesetzgebungen zugunsten nationaler Minderheiten und ethnischer Volksgruppen zu einer Übersicht über die allgemein anerkannten Grundsätze europäischen Volksgruppenrechts zu gelangen, damit auf europäischer Ebene eine allgemeine Konvention der Volksgruppenrechte entworfen und evtl. der Konvention über die Menschenrechte in der Form einer Zusatzkonvention oder eines Zusatzprotokolls angeschlossen werden kann. Der Kongreß weist in dieser Verbindung auf die vom 6. Kongreß der FUEV 1956 ausgearbeiteten Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts hin und regt an, daß diese Grundsätze in die Arbeit der Unterkommission mit einbezogen werden.

Der Kongreß macht darauf aufmerksam, daß es den Organisationen der Volksgruppen in den Mitgliedstaaten, die die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte anerkannt haben (Art. 25 der Konvention über die Menschenrechte), möglich ist, ihre Klagen über Verletzung der Menschenrechte dieser Kommission

zu unterbreiten. Es ist immer noch unklar, wie sich diese Schutzmaßnahme effektiv auswirken wird. Der Kongreß empfiehlt, daß Klagen und Eingaben der Volksgruppen, die der Menschenrechtskommission unterbreitet werden, der Unterkommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Es wird hierdurch gesichert werden können, daß die Unterkommission eine möglichst vollständige Kenntnis der Probleme der Volksgruppen erhält.

Der Kongreß gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Unterkommission für Minderheitenfragen im gemeinsamen Interesse der Lösung der Volksgruppenprobleme in europäischem Geist ständig mit den Volksgruppen zusammenarbeiten möge, damit der Aufbau eines europäischen Volksgruppenrechtes nicht nur ein politisches, sondern auch ein echt volkstumsmäßiges Ergebnis der so sehr begrüßten Bestrebungen des Europarates hat.

## II.

Der 7. Kongreß der FUEV begrüßt die von den Staaten vollzogenen und weiter erstrebten Maßnahmen für eine europäische Integration.

Der Kongreß weist jedoch darauf hin, daß die Staaten von sich aus nicht in der Lage sind, die Gemeinschaft aufzubauen, sondern daß diese von den Völkern des Kontinents getragen sein

muß. Er legt der europäischen Öffentlichkeit nahe, sich für die Schaffung eines Europas einzusetzen, dessen Grundlage die europäischen Völker im ethnischen und nicht im staatlichen Sinne bilden.

(Der Kongreß bekennt sich erneut zu dem in der Charta der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Verträgen, Dokumenten und Erklärungen anerkanntem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses Selbstbestimmungsrecht steht auch den Völkergruppen zu.)

In diesem Zusammenhang unterstreicht der Kongreß die Bereitschaft und den Willen aller ethnischen Volksgruppen, im Sinne einer verbindenden Funktion vertrauensvoll und offen mit allen europäischen Völkern zusammenzuarbeiten, um aus diesem Geist heraus die Zukunft zu gestalten.

Mit Besorgnis jedoch betrachtet der Kongreß den stellenweise noch vorhandenen Staatsnationalismus, der aus etatistischem Denken heraus heute noch den Bestand der Volksgruppen durch Unterwanderung, Behinderung des Kulturlebens, der Sprache und Schule bedroht. Diese Einstellung gegenüber ethnischen Volksgruppen ist mit den moralischen, politischen und rechtlichen Grundsätzen des europäischen Zusammenlebens nicht vereinbar.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß die formelle Gleichberechtigung der Angehörigen einer Volksgruppe zwar

notwendig, aber nicht ausreichend ist, um die Existenz und die Entwicklung der Volksgruppen zu sichern.

Der Kongreß fordert die europäischen Staaten auf, die substantielle Gleichberechtigung der Volksgruppen auf allen Lebensgebieten rechtlich zu sichern und durchzuführen. Dies liegt im wohlverstandenen Interesse aller Völker und Staaten, da ohne eine Befriedung der nationalen Gegensätze Spannungen erhalten bleiben und das Ziel der europäischen Einigung nicht erreichbar ist.

Der Kongreß weist darauf hin, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung der nationalen Volksgruppen im Artikel 14 der Europäischen Konvention über die Menschenrechte verankert ist. Er fordert die vollständige Ratifikation dieses Vertrages sowie die Abgabe der in den Artikeln 25 und 46 vorgesehenen Erklärungen über die Zuständigkeit der europäischen Kommission für Menschenrechte bzw. des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.

Der Kongreß bestätigt den Willen der Föderalistischen Union, mit aller Kraft die Verwirklichung dieser Ziele anzustreben.

## **Die Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts**

1. Jede Volksgruppe hat ein unverletzliches und unveräußerliches Recht auf Schutz und Erhaltung ihrer Eigenart.
2. Jedermann hat das Recht, sich frei zu einer Nationalität oder Volksgruppe zu bekennen. Dieses Bekenntnis darf weder bestritten noch nachgeprüft werden.
3. Der Genuß aller bürgerlichen und politischen Rechte muß jedem Staatsbürger ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Nationalität oder Volksgruppe gewährt werden.
4. Jeder Angehöriger einer Volksgruppe hat das Recht, seine Sprache in Wort und Schrift frei zu gebrauchen und zu pflegen — und zwar nicht nur in Schule und Kirche. Jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht der Volksgruppe anzuerkennen und zu schützen.
5. Jeder Angehörige einer Volksgruppe hat in mehrsprachigen Gebieten das Recht, vor allen Behörden und Vertretungskörperschaften schriftlich und mündlich in seiner Sprache unmittelbar zu verhandeln.
6. Jede Volksgruppe hat den Anspruch, sich als Körperschaft des öffentlichen Rechtes zu organisieren und hat ein Recht auf kulturelle Autonomie. Die Volksgruppen müssen an den öffentlichen Mitteln entsprechenden Anteil haben.
7. Der Bevölkerung eines Gebietes, das vorwiegend von einer Volksgruppe bewohnt ist, soll territoriale Autonomie gewährt werden.
8. Jede Volksgruppe hat das Recht auf eine angemessene Vertretung in den Parlamenten, in autonomen und Selbstverwaltungsvertretungen. Angehörige einer Volksgruppe dürfen als Mitglieder einer Behörde nicht ohne ihre Zustimmung in fremdnationale Gebiete versetzt werden.
9. Eine in ihren Rechten vom Staat beeinträchtigte Volksgruppe kann in Form einer Klage bei einem europäischen oder internationalen Gerichtshof Hilfe und Schutz verlangen. Die Ausübung dieses Klagerechtes darf kein Staat mit Sanktionen verfolgen.
10. Jedermann hat das Recht auf Freizügigkeit sowie auf das Verbleiben in seinem Heimatland und in seinem Wohnsitz.

*Beschlossen 1956 auf dem 6. Volksgruppenkongreß*

### Um das Selbstbestimmungsrecht

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß man zwischen dem territorialen, dem nationalen und dem kulturellen Selbstbestimmungsrecht unterscheiden muß. Nachdem durch die Erklärungen von Kiel, Bonn und Kopenhagen der Bevölkerung unseres Grenzlandes das nationale und das kulturelle Selbstbestimmungsrecht zugesichert worden sind, handelt es sich hier nur um das territoriale.

Das offizielle Dänemark und nach unserem Eindruck mit ihm der größte Teil des dänischen Volkes meint wie wir, daß zur Erörterung des territorialen Selbstbestimmungsrechts für Schleswig heute keine Veranlassung vorliegt. Bei den letzten Wahlen wurden für die dänische Liste etwa 14 Prozent der Stimmen abgegeben, und von den schulpflichtigen Kindern besuchen heute noch etwa 8 Prozent die dänischen Schulen. Wenn es auch durchaus möglich ist, daß diese Zahlen sich ändern, so besteht doch keinerlei Aussicht, daß in absehbarer Zeit die für eine Grenzverlegung erforderliche Mehrheit erreicht wird.

Trotzdem hat der Südschleswigsche Wählerverein dies Selbstbestimmungsrecht als ersten Punkt auf sein Wahlprogramm gesetzt, und Rektor Tychsen, der Vorsitzende des SSV, hat unmißverständlich betont, daß die dänische Kultur- und Wirtschaftsarbeit in Südschleswig keinen anderen Sinn hat, als das Land für den Anschluß an Dänemark reifzumachen.

Deutschland ist nicht erst seit 1920 bereit gewesen, das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung der Grenze hier im Norden anzuerkennen. Wir haben darum keinerlei Veranlassung, uns über die Wahlparole des Südschleswigschen Wählervereins aufzuregen. Es ist heute allein eine Angelegenheit der anderen Seite.

Da ist man sich zunächst innerhalb der Minderheit selber über die Zweckmäßigkeit der Forderung nicht einig. Bis vor kurzem gab es in ihren Reihen nicht wenige, die darauf hofften, daß in einem kommenden Friedensvertrag bereits definitive Entscheidungen über den Anschluß des Landes an Dänemark getroffen würden. Diese Hoffnung ist inzwischen verfliegen und manche fürchten, daß das Locken mit einem Ziel am Nimmermehrstag viele schwachmütig machen und zum Verlassen der Fahne führen könnte. Es war darum auch bemerkenswert, daß Samuel Münchow, der Kandidat für Bonn, vor kurzem in seiner Wahlrede im Deutschen Haus das Selbstbestimmungsrecht kaum erwähnte.

Lauter aber sind die Stimmen, die aus Dänemark herüberkommen. Da sind es vor allen Dingen die Kreise um die „Neue Phase“, die die Ewiggestrigen vor dem Festhalten an überholten Phrasen warnen.

In der Zeitschrift „Grænsen“ nimmt Bent A. Koch, der Geschäftsführer des gleichnamigen Vereins, dazu das Wort. Er meint wie wir, daß bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker heute weder im Hinblick auf die nationale Situation im Grenzlande noch auf die internationale Politik Europas oder auf die eigene Politik Dänemarks die Forderung einer Volksabstimmung über die Grenze angebracht ist.

Aus der Rede Tychsens müsse man den Eindruck gewinnen, daß es ihm nur darum zu tun ist, Unruhe im Grenzlande zu schaffen, die aber im Interesse der Zusammenarbeit in Europa niemandem erwünscht sein kann.

Er schreibt weiter: Viel näher als das Gerede um die Verlegung der Grenze liegt uns heute die Erwägung, wie wir die Bedeutung der Staatsgrenzen vom rein Politischen ins nur Verwaltungsmäßige abwandeln und die zwischen den Staaten aufgerichteten Schranken niederlegen können. – Ein Gedanke, den Holger Andersen, der Präsident des großen dänischen Grenzvereins, schon mehrfach geäußert hat.

Im übrigen weist Bent A. Koch auf das hin, was auch wir mehrfach betont haben, daß in einem vereinten Europa das nationale und kulturelle Ringen zwischen den Völkern nicht aufhören wird, wofür die Schweiz, das vielhundertjährige Europamodell, uns das beste Beispiel bietet.

Auch in Zukunft, meint Bent A. Koch, wird die dänische Minderheit in Südschleswig ebenso wie die deutsche in Nordschleswig auf die Hilfe des Mutterlandes angewiesen sein.

Wir meinen freilich, daß die Minderheiten von ihrem Herbergstaat so fürsorglich betreut werden müssen, daß sie auf die Hilfe ihres Muttervolkes nicht angewiesen sind und keine Veranlassung haben dürfen, ihren Staat zu wechseln.

## Besuch des dänischen Königspaares in Nordschleswig

Das dänische Königspaar hat seinen Sommersitz in Gravenstein und stattet alljährlich dem einen oder anderen Ort in Nordschleswig einen Besuch ab. Vor kurzem waren die Majestäten im Westen, in Tondern, Lügumkloster und Hoyer. Die Empfänge verliefen dabei wie üblich, erhielten aber in diesem Jahre einen besonderen Charakter dadurch, daß außer den offiziellen Vertretern der Behörden und Vertretungen auch die deutschen Verbände mit Fahnen und Abordnungen zugegen waren.

Der Nordschleswiger, das Organ unserer deutschen Minderheit, schreibt dazu: „Als dänische Staatsbürger deutscher Gesinnung haben wir dem Staatsoberhaupt gegenüber unsere Bereitschaft zur Förderung eines positiven Verhältnisses zwischen Staat und Minderheit unterstrichen. Die Beteiligung an den Empfängen

kommt aus der selbstverständlichen Auffassung heraus, daß wir als deutsche Nordschleswiger auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung zur friedlichen Entwicklung im Grenzlande beitragen wollen und unsere Mission als Mittler zwischen den Völkern ernstnehmen.“

\*

## Deutsche und dänische Dichtung

Dr. Hans Peter Johannsens Anthologie deutscher und dänischer Dichter der Gegenwart hat an verschiedenen Stellen einen Meinungs austausch über den Wert solcher Zusammen- und Gegenüberstellungen ausgelöst. Durchweg ist man der Meinung, daß Dichtung nur in der Sprache des Dichters aufgenommen werden kann. Wenn man Übersetzungen gibt, soll man beide Texte einander gegenüberstellen. Das gilt besonders für die gebundene Sprache.

Dr. Gudmund Schütte, der uns als Preußenfeind und wackerer Streiter für die dänische Sache im Grenzland seit Jahrzehnten bekannt, aber nichtsdestoweniger stark darum bemüht ist, die Verwandtschaft der deutschen und dänischen Sprache vom Gemeingermanischen her aufzudecken, hat eine Reihe deutscher Gedichte ins Dänische übersetzt. In einem privaten Briefe schreibt er: „Man findet in den beiden Sprachen eine staunenswerte Identität der Ausdrucksweise. Wozu haben die dummen Preußen uns germanisieren wollen, wenn eine solche Identität von Haus aus schon besteht!“

An einer Übertragung von Goethes „Heideröslein“ sucht er das zu veranschaulichen. Seiner Forderung nach Paralleltexten entsprechend, geben wir hier beide Gedichte, beschränken uns aber des Raumes wegen auf die erste Strophe.

Sah ein Knab ein Röslein stehn,  
Röslein auf der Heiden,  
war so jung und morgenschön,  
lief er schnell, es nah zu sehn,  
sah's mit vielen Freuden.  
Röslein, Röslein, Röslein rot,  
Röslein auf der Heiden.

\*

Smågut så en Rose stå –,  
Roselil på Hede –  
ung og morgenskøn som få.  
Rask han løb for den at nå,

så den fuld af Glæde.  
Rose, Rose, Rose rød,  
Roselil på Hede.

Dr. Schütte hat auch dänische Gedichte ins Deutsche übertragen. Selbstverständlich ist es eine schwierige Sache, Ausdrucksbindungen der einen Sprache in der anderen wiederzugeben. Das gilt besonders für die Lyrik. Der muß schon Dichter sein, dem das gelingt. Es gibt aber eine ganze Reihe solcher Übertragungen hin- und herüber, besonders viele Kirchenlieder, neuerdings aber auch Lieder der Jugend. Es könnte eine verdienstvolle Aufgabe sein, einmal zusammenzustellen, was die beiden Völker sich auf diese Weise gegenseitig geschenkt haben.

Im Anschluß an das Buch von Johannsen aber überlegen wir uns, ob es nicht angebracht sein könnte, beste Prosa beider Völker in handlichen Bändchen mit Paralleltextrn herauszugeben, die sowohl Schülern wie Erwachsenen die Einföhlung in die Sprache des anderen Volkes erleichtern, gleichzeitig aber auch die beiden Völker innerlich einander näherbringen und zur Befriedung des Grenzlandes beitragen würden.

Dr. Schütte spricht von „Oversættelser fra Frændemaal“, wobei wir Frændemaal wohl am besten mit Verwandtensprache übersetzen. Diese Verwandtschaft ins Bewußtsein zu bringen und die rechten Folgerungen daraus zu ziehen muß ein wesentliches Stück unserer Grenz- und Europaarbeit sein.

Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, daß Dr. Schütte den größten Teil des Jahres auf seinem väterlichen Hof in Jütland wohnt, im Sommer aber in St. Andrä im Lavanttal in Kärnten, wo ihm ein Jagdhaus gehört. Nicht minder interessant ist es, daß dieser Mann, von dem das dänische biographische Lexikon schreibt, daß er eine „große Arbeit getan hat, um deutsche Übergriffe zu bekämpfen“, in St. Andrä eine deutsche Schule gegründet hat, die so lange als Stiftung bestehen soll, wie darin Deutsch unterrichtet wird.

Ist das Zweiströmigkeit? Oder ist es ein Grundgeföhl verantwortungsbewußter germanischer Verwandtschaft?

\*

## Aus dem Lagerbericht einer Jugendgruppe

„ ... Wir hatten Gelegenheit, zwei Freizeiten in Taarupstrand am Norderholz auf Alsen durchzuführen. Es ist uns dabei gelungen, mit der dänischen Bevölkerung und vor allem mit den Jugendlichen einen guten Kontakt zu gewinnen, obgleich es im Hinblick auf die Jugendgruppen schwierig war, da die meisten Jugendlichen

genauso wie bei uns Ferien gemacht hatten. – Nichtsdestoweniger konnten wir mit einer Sonderburger Gruppe dänischer Jugendlicher Verbindung bekommen. Wir haben sie dort besucht und mit ihnen zusammen einen gemeinsamen Abend gestaltet und dann auch von einigen von ihnen einen Gegenbesuch im Lager gehabt, der dazu führte, daß eine Reihe der dänischen Gäste darum baten, den Rest der Freizeit mit uns zu verleben, was dann auch geschehen ist.

Die dänische Bevölkerung war außerordentlich zuvorkommend und freundlich. Wir haben jeden Sonntag entweder die Kirche in Svenstrup zum dänischen Gottesdienst besucht oder aber dort selber einen Gottesdienst gehalten. Der dänische Oberförster hat uns herzlich eingeladen, das nächste Jahr wieder unsere Ferien in einem Zeltlager dort zu verbringen.

Unsere Jugendlichen sind für die Zeit dort oben außerordentlich dankbar und werden diese Wochen so leicht nicht vergessen.“ *Der Kirchenvorstand Mürwik.*

#### Stand des Minderheitenschulwesens

In *Südschleswig* gab es am 1. Mai 1957

83 dänische Volksschulen

306 hauptamtl. dänische Lehrkräfte

315 Schulklassen

5137 Schüler

In *Südschleswig* gab es am 1. Mai 1956

83 dänische Volksschulen

338 hauptamtl. dänische Lehrkräfte

356 Schulklassen

5834 Schüler

dazu drei Mittelschulen und ein Gymnasium mit zusammen 754 Schülern. 8,1 % aller Volks-, Mittel und Oberschüler des Landesteils Schleswig werden in dänischen Schulen unterrichtet.

In *Nordschleswig* gab es am 1. Mai 1957

30 deutsche Privatschulen

1139 Schüler

In *Nordschleswig* gab es am 1. Mai 1956

29 deutsche Privatschulen

1039 Schüler

Vor dem Kriege wurden in den deutschen Schulen 4000 Kinder unterrichtet.

\*

*Landwirtschaftsschulen  
und Volksschulen in Dänemark*

Flensburg Avis entnehmen wir, daß es in Dänemark 28 Landwirtschaftsschulen und 54 vom Staat anerkannte Heimvolkshochschulen gibt. – Die Zahl der Landwirtschaftsschüler betrug im vergangenen Jahre 2516, 50 mehr als im Jahre vorher.

Die Zahl der Volkshochschüler betrug 6061. Das waren 100 mehr als im Jahre vorher. 4017 davon waren junge Mädchen, 2094 junge Männer.

Die Haushaltungsschulen wurden von 2506 jungen Mädchen besucht.

### *Volkshochschulen in Schleswig-Holstein*

können in dieser Zeit auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Im November 1906 wurde die Volkshochschule in Albersdorf eröffnet, mit dem heute noch in Heide lebenden Ökonomierat Lemke als Leiter. Am 2. Juni 1907 eröffnete der verstorbene Rektor Harms die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. Beide Schulen bestehen heute nicht mehr. Zu gleicher Zeit wurde die Schule in Tingleff gegründet, die trotz aller Erschütterungen im Grenzland heute noch arbeitet und in neuen Räumen ein neues Aufblühen erlebt. –

Wir haben in Schleswig-Holstein heute noch die Heimvolkshochschulen in Leck, Rendsburg, Lunden und Ratzeburg. Ihre fünf Monate dauernden Lehrgänge wurden im vergangenen Jahre von ca. 270 Schülern und Schülerinnen besucht.

Nach Auskunft der Landwirtschaftskammer gibt es zur Zeit 25 Landwirtschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Sie wurden im letzten Winter von 1952 Schülern und 548 Schülerinnen besucht, im Sommer von weiteren 548 Schülerinnen.

\*

### *Die geplante*

#### *Nordische Volkshochschule*

Wir berichteten in der Umschau des letzten Heftes, daß man von dänischer Seite die Errichtung einer nordisch-europäischen Volkshochschule in Apenrade ins Auge gefaßt habe. Inzwischen ist dieser Plan aber aufgegeben worden. Man hat eine Gelegenheit gefunden, sie in der an der Beltbrücke gelegenen Gymnastikvolkshochschule in Snoghoj unterzubringen.

Snoghoj gehörte zu den angesehensten Schulen Dänemarks, scheint aber in den letzten Jahren Schwierigkeiten gehabt zu haben und wird den Betrieb zum 1. Mai 1958 schließen.

Die neue Nordische Volkshochschule wird, soweit wir sehen, von einem Kreis getragen, der hinter der „Neuen Phase“ steht. Zum künftigen Leiter ist Poul Engberg ausersehen, der uns von verschiedenen Tagungen her und durch sein Buch über Grundtvig bekannt ist. Jüngsten Presseberichten entnehmen wir, daß das Nordische und das Europäische den Hintergrund der Arbeit bilden soll. Das Grenzland, das in jeder dänischen Volkshochschule seinen Platz hat, wird nicht

besonders genannt. Man will Fahrten unternehmen nach Genf, Straßburg, Paris und in die Beneluxländer. Die Bundesrepublik wird nicht erwähnt, aber man wird sie wohl weder im Unterricht umgehen oder auf den Reisen umfahren können. Man darf gespannt sein, ob es der Schule gelingen wird, dem dänischen Erwachsenenbildungswesen neue Impulse geben.

\*

## MITTEILUNGEN

Der Leiter des Landesmuseums in Schloß Gottorf, Professor Kersten, wurde vom dänischen König zum Ritter des Danebrogordens ernannt. Die feierliche Verleihung des Ordens wurde von Generalkonsul Graf Schack im dänischen Konsulat in Flensburg vollzogen.

\*

Ein verstorbene Mitglied der Sydslesvig-Liga, Frl. Mørk-Hansen, Charlottenlund, vermachte der Liga 15 000 Kr., und zwar 5000 für die kulturelle Arbeit und 10 000 für die Existenzsicherung junger Südschleswiger. – Die Sydslesvig-Liga wurde 1920 gegründet, um für die Wiedervereinigung Südschleswigs mit Dänemark zu arbeiten. Sie hat im Laufe der Zeit über eine Million Kronen für die kulturelle Arbeit gesammelt und annähernd 100 000 Kronen für den Wirtschaftsfonds, der jungen Südschleswigern für die Selbsthaftmachung Kredite gewähren soll. Die Liga baute und unterhält die Schule in Rieseby (Schwansen) und das Versammlungshaus in Holtenau.

\*

Die Standortverwaltungen im Landesteil Schleswig ließen verlauten, daß sie bei der Einstellung von Angestellten und Arbeitern zwischen Bewerbern deutscher und dänischer Gesinnung keinen Unterschied machen.

\*

In der ersten Hälfte des Dezember wird die Post die Bezugsgelder in Höhe von einer oder zwei DM einziehen. Damit ist für diese Mitglieder der Jahresbeitrag für 1958 beglichen.

\*

Die dänische Schwester des dänischen Krankenpflegevereins in Hostrup und Uberg nimmt zur Zeit an einem drei Monate dauernden Krankenpflege-Lehrgang in Aarhus teil. Die deutsche Schwester des deutschen Krankenpflegevereins hat die Vertretung übernommen.

\*

Der Gemeinderat in Tingleff bewilligte dem deutschen Sportverein einen Zuschuß zur Anschaffung von zwei Handballtoren.

\*

Bei der Wahl zum Bundestag am 15. September fielen auf die Liste des Südschleswigschen Wählerverbandes nach der vorläufigen Feststellung 32 260 Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1953 waren es rund 44 600.